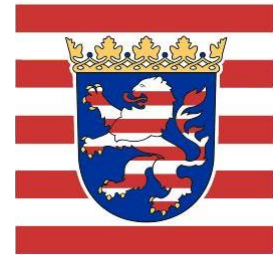




HESSEN



Bericht aus Brüssel

18/2021 vom 01.10.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Corona.....	3
Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Ausschuss der Regionen.....	5
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	10
Energie.....	11
Digital.....	12
Forschung.....	14
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	24
Justiz.....	26
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	29
Information, Kommunikation und Medien.....	29
EU-Förderprogramme.....	30
Veranstaltungen.....	31
Vorschau.....	33

Kommission; 95 Mio. EUR für COVID-19 Tests

Die Kommission hat am 27.09.2021 mitgeteilt, dass sie 95 Mio. EUR für COVID-19 Tests für 20 Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt hat. Die Tests sollen dazu dienen, dass insbesondere Personen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, dennoch ihr digitales EU COVID Zertifikat nutzen können. Der Betrag wird aus dem Notfall-Unterstützungsinstrument (ESI) bezahlt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_4903

Kommission; Übersicht zur globalen Bekämpfung von COVID-19

Die Kommission hat am 25.09.2021 eine Übersicht zu den verschiedenen Maßnahmen veröffentlicht, die Team Europe (die EU, ihre Mitgliedstaaten und die europäischen Finanzinstitutionen) durchgeführt und vorhergesehen hat, um COVID-19 global zu bekämpfen. Der Übersicht zufolge sind die vier Ziele von Team Europe, der Pandemie und den sozioökonomischen Problemen, die als Konsequenz der Pandemie auftreten, entgegenzuwirken, Wasser und Hygienemaßnahmen zu etablieren, Gesundheitssysteme zu stärken. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Export von COVID-19 Impfstoffen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/FS_21_4897

EMA; Evaluation der Auffrischimpfung mit Modernas Spikevax im Gange

Am 27.09.2021 veröffentlichte die europäische Arzneimittelbehörde (EMA), dass sie evaluiert, welche Auswirkungen eine Auffrischimpfung mit Modernas COVID-19 Impfung Spikevax hat. Auffrischimpfungen sind Impfungen gegen COVID-19, die an Menschen verabreicht werden, die bereits vollständig gegen COVID-19 geimpft worden sind. In einer separaten Kommunikation vom 02.09.2021 hatten EMA und das europäische Zentrum für Krankheitsprävention und -kontrolle (ECDC) davon abgeraten, gesunden, vollständig geimpften Erwachsenen eine Auffrischimpfung zu verabreichen. Da verschiedene Mitgliedstaaten dennoch Auffrischimpfungen durchzuführen gedenken und Auffrischimpfungen Menschen mit geschwächtem Immunsystem einen zusätzlichen Schutz gewähren könnten, überprüft EMA ihre Auswirkungen. Derzeit überprüft es die Auswirkung einer Auffrischimpfung mit Biontechs Comirnaty Impfstoff und Modernas Spikevax, wie die EMA am 06.09.2021 mitteilte.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-evaluating-data-booster-dose-covid-19-vaccine-spikevax>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Mitteilung zum indopazifischen Raum

Am 16.09.2021 haben die Kommission und der Hohe Vertreter eine gemeinsame Mitteilung über die Strategie der EU für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum angenommen. Die EU betonte dabei, dass beide Regionen durch viele gemeinsame Interessen und stabile Beziehungen eng miteinander verflochten seien. Dies erstreckte sich vor allem auf den Handel und Investitionen, Forschung und Innovation oder auch nachhaltige Entwicklung und den Klimaschutz sowie Sicherheit. Die EU werde deshalb ihr Engagement in der strategischen Zusammenarbeit mit der indopazifischen Region intensivieren, da diese auch zunehmend an Bedeutung für Europa gewinnt. Dazu sind zudem folgende Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie vorgesehen: Abschluss der Verhandlungen der EU mit Australien, Indonesien und Neuseeland; Abschluss eines

Wirtschaftspartnerschaftsabkommens mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft und ASEAN; Abschluss von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Malaysia und Thailand oder auch die Gründung grüner Allianzen und Partnerschaften mit den indopazifischen Partnern insgesamt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4704

Rat; Erklärung des Hohen Vertreters zur Achtung demokratischer Prozesse

Am 24.09.2021 hat der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, im Namen der EU eine Erklärung zur Achtung der demokratischen Prozesse der EU veröffentlicht. Einige Mitgliedstaaten hatten unter der Sammelbezeichnung „Ghostwriter“ erfasste Cyberaktivitäten beobachtet und diese mit dem russischen Staat in Verbindung gebracht. Solche Aktivitäten seien nicht hinnehmbar, da sie darauf abzielten, die Integrität und Sicherheit der EU, ihre demokratischen Werte und Grundsätze und das grundsätzliche Funktionieren der Demokratien zu bedrohen, so Borrell. Diese böswilligen Cyberaktivitäten richten sich gegen zahlreiche Mitglieder von Parlamenten, Regierungsbeamtinnen und -beamte, Politikerinnen und Politiker sowie Angehörige der Presse und der Zivilgesellschaft in der EU, indem sie auf Computersysteme und persönliche Konten zugreifen und Daten abgreifen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verurteile diese Cyberangriffe nachdrücklich, die alle Beteiligten unverzüglich einstellen müssten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/09/24/declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union-on-respect-for-the-eu-s-democratic-processes/>

Kommission; Aussetzung der Visaerleichterungen für Belarus vorgeschlagen

Am 29.09.2021 legte die Kommission einen Vorschlag für einen Ratsbeschluss über eine teilweise Aussetzung des Visaerleichterungsabkommens der EU mit Belarus vor. Infolge des Beschlusses sollen bestimmte Gruppen von Amtsträgern mit Verbindungen zum belarussischen Regime nicht länger von Visaerleichterungen profitieren. Die Visaerleichterungen für gewöhnliche belarussische Bürgerinnen und Bürger sollen demgegenüber unberührt bleiben. Mithilfe des Beschlusses soll auf die jüngsten Bestrebungen des belarussischen Regimes, die EU durch die Begünstigung irregulärer Migration zu destabilisieren, und dessen Aussetzung des Rückübernahmeabkommens zwischen der EU und Belarus reagiert werden. Der Vorschlag der Kommission bedarf noch der Annahme durch den Rat.

https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2021-09/COM-2021-612_en.pdf

EuG; Urteil in der Rechtssache Front Polisario / Rat

Am 29.09.2021 urteilte das EuG in der Rechtssache T-279/19, dass gleich zwei Entscheidungen der EU für nichtig zu erklären seien. Der Front Polisario hatte geklagt, um die Frage zu klären, ob die EU mit Marokko ein Assoziierungsabkommen aushandeln durfte, das auch Fischereibestände vor der Küste der ehemals spanischen Kolonie Westsahara umfasst. Die für die Unabhängigkeit kämpfende Polisario-Befreiungsfront beschuldigt Marokko, die Ressourcen der Region „auszuplündern“ und möchte deshalb mit der Klage bezwecken, dass die EU-Landwirtschafts- und Fischereiabkommen mit Marokko ihre Gültigkeit verlieren. Marokko hingegen betrachtet die weitgehend annektierte Region als Teil seines Staatsgebiets. Nach Ansicht des EuG habe der EU-Ministerrat vor Abschluss der Abkommen nicht die Zustimmung des Volkes der Westsahara eingeholt, weshalb die getroffenen Vereinbarungen keine Gültigkeit für die Westsahara hätten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246701&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3359779>

Ausschuss der Regionen

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 27.09.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei fanden folgenden Abstimmungen statt: „EU-Aktionsplan für ökologische/biologische Landwirtschaft“, „Nachhaltige blaue Wirtschaft und Aquakultur“ sowie „Europas Plan gegen den Krebs“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgendem Thema statt: „Eine langfristige Vision für die ländlichen Gebiete“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173832&meetingSessionId=2216656>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 28.09.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei fand folgende Abstimmung statt: „Bessere Rechtsetzung: Mit vereinten Kräften für bessere Rechtsvorschriften“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2175447&meetingSessionId=2218718>

AdR; ECON-Fachkommissionssitzung

Am 29.09.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei fanden folgenden Abstimmungen statt: „Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfähigkeit“, „Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik 2020“ sowie „Aktualisierung der neuen Industriestrategie von 2020: einen stärkeren Binnenmarkt für die Erholung Europas aufbauen“ sowie „Europas Plan gegen den Krebs“. Darüber hinaus fand eine Orientierungsdebatte zum Stellungnahmeentwurf von Staatssekretär Weinmeister zur „Europäischen Digitalen Identität (EUID)“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2173879&meetingSessionId=2216703>

AdR; SEDEC-Fachkommissionssitzung

Am 01.10.2021 fand eine Hybridsitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei fanden folgenden Abstimmungen statt: „Europäisches Konzept für künstliche Intelligenz – Gesetz über künstliche Intelligenz (revidierte Stellungnahme)“ sowie „Beseitigung der Obdachlosigkeit in der Europäischen Union: Die lokale und regionale Perspektive“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174151&meetingSessionId=2217037>

Wirtschaft

Kommission; EU-Handelsbilanzüberschuss bei Chemikalien im Zehnjahresvergleich

Eurostat hat am 20.09.2021 eine Statistik über den Handel mit chemischen Produkten in der EU im Zehnjahresvergleich veröffentlicht. In den letzten zehn Jahren stieg der Überschuss der EU im Handel mit Chemikalien mit Drittländern von 88 Mrd. EUR im Jahr 2010 auf 178 Mrd. EUR im Jahr 2020. Der Anstieg entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 7%. In die EU eingeführt wurden im Jahr 2020 Chemikalien im Wert von fast 233 Mrd. EUR. Das entspricht einer Zunahme um 79 Mrd. EUR seit 2010 und einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 4%.

Mit einem Anstieg von 242 Mrd. EUR im Jahr 2010 auf 411 Mrd. EUR im Jahr 2020 lagen der Export von Chemikalien aus der EU deutlich über den Einfuhren. Im EU-Vergleich war DEU im Jahr 2020 mit 105 Mrd. EUR der größte Exporteur von Chemikalien in Drittländer.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/-/ddn-20210920-1>

Kommission; Einigung auf ein „Memorandum of Understanding“ mit Kolumbien

Die EU und Kolumbien haben sich am 21.09.2021 auf eine Absichtserklärung über eine Agenda für einen verstärkten politischen und sektoralen Dialog und eine verstärkte Zusammenarbeit für das nächste Jahrzehnt geeinigt. Sie unterstreicht die Bedeutung der Beziehungen zwischen der EU und Kolumbien und die Absicht, die langjährigen Beziehungen voranzubringen, zu vertiefen und zu stärken. Eine der fünf Leitpunkte für die Entwicklung der Beziehungen stellt die Wirtschafts- und Sozialagenda, einschließlich der digitalen Agenda dar, die nachhaltiges und integratives Wachstum und den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Europäischen Union und Kolumbien fördern soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_4831

Kommission; Konsultation zur Verfügbarkeit der Kapazität von privaten kurzfristigen Exportkreditversicherungen

Die Kommission hat am 20.09.2021 eine bis zum 08.10.2021 laufende Konsultation zur Verfügbarkeit von privaten kurzfristigen Exportkreditversicherungskapazitäten gestartet. Durch Exportkredite wird ausländischen Käufern von Waren und Dienstleistungen ein Zahlungsaufschub ermöglicht und die Verkäufer können sich durch Exportkreditversicherungen gegen das Kreditrisiko versichern. Angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie hat die Kommission zuletzt beschlossen, alle Mitgliedstaaten (MS) und Drittländer aus dem Verzeichnis der Staaten mit marktfähigen Risiken im Anhang der Mitteilung der Kommission an die MS über kurzfristige Exportkreditversicherung bis zum 31.12.2021 als Länder mit vorübergehend nicht marktfähigem Risiko zu bezeichnen. In der Konsultation fragt die Kommission an, ob die Bezeichnung als Länder mit vorübergehend nicht marktfähigem Risiko angesichts der pandemischen Lage nach dem 31.12.2021 fortgeführt werden soll.

https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-availability-stec_en

Kommission; Legislativvorschlag für das neue Allgemeine Präferenzsystem

Die Kommission hat am 22.09.2021 den Legislativvorschlag für das neue Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU für den Zeitraum 2024-2034 vorgelegt. Das APS ist ein unilaterales Handelsinstrument, das Entwicklungsländern Zollfreiheit bzw. Zollermäßigungen bei der Einfuhr von Waren in die EU gewährt. Dies soll dazu beitragen, Armut zu beseitigen und die nachhaltige Entwicklung der Länder und ihre Teilhabe an der Weltwirtschaft zu fördern. Gleichzeitig bieten die Zollpräferenzen einen Anreiz dafür, die Achtung der Menschenrechte, der Arbeitnehmerrechte, des Umweltschutzes und der verantwortungsvollen Staatsführung zu fördern. Ziel des neuen APS ist es, zum einen zukünftig besser auf sich verändernde Bedürfnisse und Herausforderungen der Entwicklungsländer reagieren zu können und zum anderen eine Stärkung der sozialen, arbeitsrechtlichen, ökologischen und klimatischen Dimension des Systems zu erreichen. Zu diesem Zweck sollen die Möglichkeiten der EU gestärkt werden, Handelspräferenzen zur Schaffung wirtschaftlicher Chancen und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu nutzen. Für den Fall von schwerwiegenden und systematischen Verstößen sollen die Gründe für die Rücknahme der Zollpräferenzen der EU zudem erweitert und neuer Spielraum für das Engagement hinsichtlich der Umwelt und der verantwortungsvollen Staatsführung

geschaffen werden. Die derzeit geltende APS-Verordnung läuft am 31.12.2023 aus. Die Kommission hat zudem am 23.09.2021 eine bis zum 19.11.2021 laufende Konsultation gestartet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4801

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/2136-Handel-Zollpraferenzschema-der-EU-fur-Entwicklungslander-Aktualisierung_de

Kommission; Verweisung der Beurteilung zur Gründung eines Joint Venture durch Enel X und VWFL an ITL

Die Kommission hat am 20.09.2021 im Rahmen der Fusionskontrollverordnung die Beurteilung der Gründung eines italienischen Joint Venture für Elektromobilität zwischen Enel X und VWFL an die italienische Wettbewerbsbehörde verwiesen. Das Joint Venture soll in ITL ein Netz öffentlich zugänglicher Ultraschnellladestationen für Elektrofahrzeuge errichten, besitzen und betreiben. Enel X ist eine Tochtergesellschaft der in ITL ansässigen Enel SpA, der im Strom- und Gassektor tätig ist. VWFL ist eine Tochtergesellschaft der Volkswagen AG mit Sitz in DEU, die weltweit in der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Kraftfahrzeugen, Finanz- und Versicherungsnebenleistungen sowie Lösungen für Mobilitätsdienstleistungen tätig ist.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_4806

Kommission; Genehmigung der Übernahme eines Joint Control über CHARGE NOW durch BMW, Daimler und BP

Die Kommission hat am 27.09.2021 die Übernahme eines Joint Control über CHARGE NOW durch die Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW) und die Daimler AG, beide mit Sitz in DEU, sowie BP p.l.c. aus GBR genehmigt. CHARGE NOW ist ein Joint Venture der Digital Charging Solutions GmbH, die in der Entwicklung, Vermarktung und dem Vertrieb von Produkten und Dienstleistungen im Bereich Mobilität tätig ist und Informationsdienstleistungen sowie Zugangstechnologien zur Ladeinfrastruktur für batterieelektrische und Plug-in-Hybridfahrzeuge anbietet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_4903

Rat; Annahme der Reserve für die Anpassung an den Brexit in Höhe von 5 Mrd. EUR

Der Rat hat am 28.09.2021 einer Erhöhung der Reserve für die Anpassung an den Brexit in Höhe von 5 Mrd. EUR zugestimmt. Bei der Reserve handelt es sich um ein spezielles einmaliges Notfallinstrument. Es soll die Mitgliedstaaten (MS) bei der Bewältigung der negativen Auswirkungen durch den Austritt von GBR aus der EU unterstützen. Im Detail soll durch die Reserve den am stärksten betroffenen Regionen, Sektoren und Gemeinschaften bei der Deckung von zusätzlichen Kosten, dem Ausgleich von Verlusten oder bei der Bewältigung von anderen nachteiligen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen durch den Brexit geholfen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/09/28/council-adopts-a-5-billion-brexit-adjustment-reserve/>

EuG; Urteil in der Rechtssache T-425/18 Altice Europe NV / Kommission - Übernahme von PT Portugal

Das Gericht der EU (EuG) hat in der Rechtssache T-425/18 die Klage von Altice Europe NV (Altice) mit Sitz in den NDL gegen die Kommission mit Urteil vom 22.09.2021 abgewiesen. Altice hatte Klage gegen den Beschluss der Kommission erhoben, mit dem im Rahmen des Erwerbs von PT Portugal SGPS SA vor Anmeldung und vor Genehmigung zwei Geldbußen in Höhe von insgesamt 124,5 Mio. EUR gegen sie verhängt wurden. Das EuG ordnete jedoch die Herabsetzung der Geldbuße wegen

Verstoßes gegen die Pflicht zur Anmeldung des Zusammenschlusses um 6,22 Mio. EUR an.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210160de.pdf>
<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246448&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2824856>

EuG; Urteil in den verbundenen Rechtssachen T-639/14 RENV, T-352/15 und T-740/17 DEI / Kommission - Stromtarif für griechischen Aluminiumhersteller - Staatliche Beihilfe

Das Gericht der EU (EuG) hat in den verbundenen Rechtssachen T-639/14 RENV, T-352/15 und T-740/17 von Dimosia Epicheirisi Ilektrismou AE (DEI) mit Sitz in GRI die Beschlüsse der Kommission mit Urteil vom 22.09.2021 für nichtig erklärt. Mit den Beschlüssen hatte die Kommission festgestellt, dass ein Schiedsspruch, mit dem ein vorgeblich ermäßigter Stromtarif festgesetzt wurde, dem Aluminiumhersteller Mytilinaios AE – Omilos Epicheiriseon (Mytilinaios) keinen Vorteil gewähre. DEI ist ein vom griechischen Staat kontrollierter Stromerzeuger und -lieferant. Ihr größter Kunde ist Mytilinaios, ebenfalls mit Sitz in GRI. Dem EuG zufolge sei die Kommission verpflichtet gewesen unter Vornahme komplexer wirtschaftlicher oder technischer Beurteilungen sorgfältig, hinreichend und umfassend zu untersuchen, ob eine staatliche Beihilfe vorliegt.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210161de.pdf>
<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=246447&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=FR&cid=2963969>

EuGH; Schlussanträge zur Aufhebung der kostenlosen Zuteilung von Luftverkehrsemissionszertifikaten bei Insolvenz

In der Rechtssache C-165/20 hat der Generalanwalt Gerard Hogan am 23.09.2021 seine Schlussanträge vorgelegt. Das Verwaltungsgericht Berlin ist mit einem Rechtsstreit befasst, indem ET als Insolvenzverwalter der Air Berlin plc & Co. Luftverkehrs KG sich gegen die anteilige Rücknahme der gewährten kostenlosen Zuteilung von Treibhausgasemissionszertifikaten durch DEUwehrt. Die zur Vorabentscheidung vorgelegten Fragen beziehen sich im Wesentlichen darauf, wie Treibhausgasemissionszertifikate, die vorher einem Luftfahrzeugbetreiber zugeteilt waren, in einem Insolvenzverfahren zu behandeln sind, nachdem dieser Betreiber seine Geschäftstätigkeit eingestellt hat. Der Generalanwalt schlägt dem EuGH vor, dem Verwaltungsgericht Berlin zu antworten, dass die Richtlinie über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft der jährlichen Ausgabe kostenlos zugeteilter Luftverkehrszertifikate an einen Luftfahrzeugbetreiber im Fall der Einstellung der Luftverkehrstätigkeit durch diesen Betreiber entgegensteht.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246483&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2824262>

EuG; Urteile in den Rechtssachen T-341/18 NEC /, T-342/18 Nichicon Corporation /, T-343/18 Tokin /, T-344/18 Rubycon und Rubycon Holdings / sowie T-363/18 Nippon Chemi-Con Corporation / Kommission - Kondensatoren-Kartell

Das Gericht der EU (EuG) hat die Klagen in den Rechtssachen T-341/18 von NEC Corporation, T-342/18 von Nichicon Corporation, T-343/18 von Tokin, T-344/18 von Rubycon und Rubycon Holdings sowie T-363/18 von Nippon Chemi-Con Corporation gegen die Kommission mit Urteilen vom 29.09.2021 abgewiesen. Die von der Kommission gegen die Unternehmen verhängten Geldbußen bleiben damit aufrecht. Mit Beschluss vom 21.03.2018 verhängte die Kommission gegen mehrere japanische Hersteller von Kondensatoren – Elna, Hitachi AIC, Holy Stone, Matsuo, Nichicon Corporation, Nippon Chemi-Con Corporation, Rubycon, Sanyo, NEC Corporation und

Tokin – Geldbußen in Höhe von insgesamt fast 254 Mio. EUR, weil sie sich an einem weltweiten Kartell für die Lieferung von Aluminium- und Tantal-Elektrolytkondensatoren zwischen 1998 und 2012 beteiligt hätten. Elektrolytkondensatoren werden in fast allen elektronischen Produkten wie PCs, Tablet-PCs, Telefonen, Kühlschränken, Waschmaschinen, Kfz-Produkten und Industriegeräten verwendet.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210164de.pdf>

EuG; Urteile in den Rechtssachen T-447/18, T-619/18 TUIfly / und T-448/18 Ryanair u.a. / Kommission - Beihilfen für Ryanair und TUIfly am Flughafen Klagenfurt

Das Gericht der EU (EuG) hat in den Rechtssachen T-447/18 und T-619/18 die Klagen von TUIfly GmbH mit Sitz in DEU gegen die Kommission mit Urteilen vom 29.09.2021 abgewiesen. In der Rechtssache T-448/18 hat das EuG ebenfalls die Klage von Ryanair DAC und Airport Marketing Services Ltd mit Sitz in Irland sowie FR Financing (MTL) Ltd mit Sitz auf der Isle of Man gegen die Kommission mit Urteil vom 29.09.2021 abgewiesen. TUIfly und Ryanair hatten gegen den Beschluss der Kommission geklagt, mit dem festgestellt wurde, dass bestimmte Dienstleistungs- und Marketingvereinbarungen zwischen dem Betreiber des Flughafens Klagenfurt und TUIfly, Ryanair und HLX diesen Fluggesellschaften einen ungerechtfertigten Vorteil verschafften, die nicht mit dem EU-Beihilferecht vereinbar gewesen seien. Im Zuge dessen wurde Österreich aufgefordert, diese unzulässigen Beihilfen zurückzufordern.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246704&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3058732>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246705&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3070807>

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246726&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3058732>

Rat; Diskussion über die Umsetzung des „Fit für 55“-Pakets aus industrieller Sicht

Am 29.09.2021 tagte der Rat „Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie)“. Im Rahmen einer Orientierungsaussprache diskutieren die Ministerinnen und Minister über die Umsetzung des „Fit für 55“-Pakets aus industrieller Sicht. Bei dem „Fit for 55“-Paket handelt es sich um einen Legislativvorschlag, mit dem die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% reduziert werden sollen. Es herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass die Verfügbarkeit erschwinglicher kohlenstoffarmer Energie eine der Voraussetzungen für den Erfolg von „Fit für 55“ ist. Außerdem wurde die Bedeutung des vorgeschlagenen CO2-Grenzausgleichssystems betont, mit dem die Verlagerung von emissionsintensiven Produktionen in Drittstaaten verhindert werden soll. Mehrmals wurde auch die mit dem Paket für die Automobilindustrie verbundenen Herausforderungen angesprochen. Dabei waren sie sich einig, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht durch den ökologischen Wandel zusätzlich belastet werden sollen. Die Ministerinnen und Minister erörterten zudem auch mögliche Wege zur Gewährleistung eines fairen, wettbewerbsfähigen und umweltverträglichen Wandels der EU-Wirtschaft bis 2030 und darüber hinaus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/09/29/>

Rat; Diskussion über zukunftssichere Politikgestaltung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU und die weitere Förderung des Binnenmarktes

Im Rahmen der Tagung des Rates „Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie)“ am 29.09.2021 führten die Ministerinnen und Minister eine Orientierungsaussprache über eine zukunftssichere Politikgestaltung zur Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit der EU und zur weiteren Förderung des Binnenmarkts. Sie ist Teil der Agenda für eine bessere Rechtsetzung. Die Ministerinnen und Minister betonten, die Bedeutung eines klaren, kohärenten und zukunftssicheren Rechtsrahmens für den es qualitativ hochwertiger Rechtsvorschriften bedarf. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und wirtschaftlicher Erholung sei dies entscheidend. In ihrer Diskussion erörterten die Ministerinnen und Minister den von der Kommission vorgeschlagenen „one-in, one-out“ Ansatz.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/09/29/>

Rat; Vorstellung des Jahresberichts der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften

Bei der Tagung des Rates „Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie)“ am 29.09.2021 stellte die Kommission den Ministerinnen und Ministern den ersten Jahresbericht der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET) für den Zeitraum 2020-2021 vor. SMET ist einer der Hauptbestandteile des Aktionsplans zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, der im März 2020 als Teil der europäischen Industriestrategie angenommen wurde. Die Kommission betonte u.a. die wichtige Rolle der Taskforce bei der Wiederherstellung eines funktionierenden Binnenmarkts während der Covid-19-Pandemie.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/09/29/>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_21_4943

Kommission; Konsultation zu kurzfristigen Vermietungen von Unterkünften

Die Kommission hat am 27.09.2021 eine bis zum 13.12.2021 laufende Konsultation über die kurzfristigen Vermietungen von Unterkünften gestartet. Ziel dieser Konsultation ist es, Informationen über Probleme zu sammeln, die sich aus der raschen Zunahme von touristischen Kurzzeitmieten insbesondere im Hinblick auf die nachhaltige Stadtentwicklung, die Verbrauchersicherheit oder gleiche Wettbewerbsbedingungen ergeben.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13108-Tourismusleistungen-Initiative-zu-kurzfristigen-Vermietungen_de

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Festlegung einer gemeinsamen Formel für die Risikoeinstufung von Güterkraftverkehrsunternehmen

Die Kommission hat am 20.09.2021 eine bis zum 18.10.2021 laufende Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung für die Risikoeinstufung von Güterkraftverkehrsunternehmen gestartet. Die geplante Durchführungsverordnung hat das Ziel, eine gemeinsame Formel für die Risikoeinstufung festzulegen, die von den nationalen Behörden in allen Mitgliedstaaten anzuwenden ist. Grundlage der Formel sind die Anzahl und Schwere früherer Verstöße.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13039-Stra%C3%9Fenverkehrsunternehmen-gemeinsame-Formel-fur-die-Risikoeinstufung_de

Europäische Investitionsbank; Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für Verkehrsfinanzierungen

Die Europäische Investitionsbank (EIB) führt bis zum 29.10.2021 eine Konsultation zur Überarbeitung ihrer Finanzierungs- und Darlehenspolitik im Verkehrssektor durch.

Neue Prioritäten bei der Darlehensvergabe sollen die stärkere Orientierung an ökologischen Nachhaltigkeitskriterien, aber auch die Sicherheit, Effizienz und Zugänglichkeit des Verkehrs sein. Die Überarbeitung soll unter Berücksichtigung des Klimaschutzfahrplans der EIB und der EU-Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität erfolgen.

<https://consult.eib.org/consultation/tlp-2021-de/>

Energie

Rat; Tagung der Ministerinnen und Minister der hochrangigen Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa

Am 21.09.2021 tagten die Ministerinnen und Minister der hochrangigen Gruppe für Energieverbindungsleitungen in Mittel- und Südosteuropa (CESEC). Sie diskutierten über die aktuelle Situation und die Zukunft der Energiesysteme in der CESEC Region. Dabei waren sie sich einig, dass für eine erfolgreiche und kosteneffiziente Energiewende die Energieverbindungsleitungen von entscheidender Bedeutung sind. Zudem herrschte ebenfalls Einigkeit darüber, dass die Förderung von umweltfreundlicheren Gasen auch für die Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Wirtschaftszweigen ohne Elektrifizierungsmöglichkeiten besonders wichtig ist. Zur CESEC-Region gehören BUL, GRI, ITL, KRO, ROM, SLK, SLO, AUT und HUN sowie die sich ihnen später angeschlossenen acht Vertragsparteien der „Energy Community“. Das sind die Ukraine, die Republik Moldau, Serbien, die Republik Nordmazedonien, Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Kosovo und Montenegro. In den auf der Tagung verabschiedeten Beschlüssen wird insbesondere auf die Förderung von erneuerbaren Energiequellen sowie erneuerbaren und kohlenstoffarmen Gasen verwiesen.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/eu-will-energieverbindungsleitungen-in-mittel-und-sudosteuropa-starken/>

Rat; Informelle Tagung der Ministerinnen und Minister für Verkehr und Energie

Am 22. und 23.09.2021 tagten die Ministerinnen und Minister für Verkehr und Energie. Zentrales Thema der Diskussionen waren die vorgeschlagene Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen, die Richtlinie über Energieeffizienz sowie die Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe. Alle drei Vorschläge sind Teil des "Fit für 55"-Legislativpakets, mit dem die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% reduziert werden sollen. In den Diskussionen sprachen die Ministerinnen und Minister dabei auch die steigenden Preise für Energieerzeugnisse in der EU an. Die Ministerinnen und Minister betonten, dass der Übergang zu einem umweltfreundlichen Energiesystem in der Zukunft zu beschleunigen ist. Zudem waren sie sich einig, dass eine ausreichend ehrgeizige und kohärente Infrastrukturplanung in den Mitgliedstaaten (MS) erforderlich ist, die an die für 2030 gesteckten Klimaziele anzupassen ist. Es wurde jedoch auch auf die Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen MS hingewiesen. In den Diskussionen wurde deutlich, dass der Verkehrs- und der Energiesektor vor einer wichtigen gemeinsamen Herausforderung stehen, bei der sektorenübergreifend anzusetzen ist.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/verkehrs-und-energieministerinnen-und-minister-uber-die-erreichung-der-dekarbonisierungsziele-in-den-verkehrs-und-energiesektoren/>

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/verkehrsministerinnen-und-minister-setzen-sich-fur-ein-ausgebautes-offentliches-netz-der-ladeinfrastruktur-fur-alternative-kraftstoffe-ein/>

Kommission; Vorstellung von drei UN-Pakten im Energiebereich beim Dialog der Vereinten Nationen

Beim Dialog der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über Energie in New York hat die Kommission am 24.09.2021 zusammen mit der Internationalen Energieagentur (IEA) und der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) drei Pakte im Energiebereich vorgestellt. Die drei UN-Pakte sollen dazu beitragen, die benötigten Investitionen zu mobilisieren, um einen allgemeinen Zugang zu Energie zu ermöglichen und eine weltweite Beschleunigung der Energiewende zu erreichen. Im Detail sehen die drei Pakte erstens im Rahmen eines neuen Projektes mit der IEA die Entwicklung von Fahrplänen für eine emissionsfreie Energieversorgung für noch von der Kohle abhängige Länder vor. Zweitens sollen durch die Zusammenarbeit mit IRENA regionale Strategien einschließlich konkreter politischer Empfehlungen für die Energiewende für Afrika, Lateinamerika, die Karibik sowie Europa entwickelt werden. Drittens sollen die EU, DNK, DEU, IRENA und weitere Partner zusammen einen Katalog für einen Pakt für sauberen Wasserstoff erarbeiten, von dem weltweite Impulse für sauberen Wasserstoff z.B. durch Verpflichtungen ausgehen sollen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4877

Kommission; Empfehlung und Leitlinien zum Grundsatz der Energieeffizienz veröffentlicht

Die Kommission hat am 28.09.2021 eine neue Empfehlung und Leitlinien zum Grundsatz der Energieeffizienz und dessen Umsetzung in die Praxis veröffentlicht. Ziel der Empfehlung und der Leitlinien ist es, die ordnungsgemäße Umsetzung des Energieeffizienzgrundsatzes zu fördern und praktikabler zu gestalten. Die Empfehlung beinhaltet daher spezifische Maßnahmen zur Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Anwendung des Grundsatzes, während die Leitlinien die Umsetzung des Grundsatzes mit praktikablen Lösungen unterstützen sollen. Dabei nimmt die Leitlinie auf Maßnahmen in verschiedenen Bereichen, von der Energieversorgung und -verteilung bis hin zu den Endverbrauchssektoren, Bezug. Die Empfehlung und die Leitlinien bauen auf den Vorschlag zur Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie, der Teil des „Fit für 55“-Legislativpakets ist, auf.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-recommendation-and-guidelines-energy-efficiency-first-principle-2021-sep-28_de

Digital

EP; Annahme des Berichts zur neuen Roaming-Verordnung

Der EP-Industrienausschuss (ITRE) hat am 27.09.2021 über seine Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag zur Revision der Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union abgestimmt. Die Kommission hatte den Vorschlag am 24.02.2021 vorgelegt (vgl. BaB 04/2021), weil die seit 2017 in der EU geltenden Roaming-Regeln im Juni 2022 auslaufen. Mit der Verordnung hatte die EU Roamingentgelte für Reisende in der EU sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen abgeschafft (sog. „Roam-like-at-home“). Die neue Verordnung soll das Verbot der Roamingentgelte für Endkunden um weitere zehn Jahre verlängern und Roamingvorleistungsentgelte in zwei Stufen weiter senken. Dabei spricht sich der ITRE-Ausschuss für eine noch stärkere Absenkung der Entgelte aus als die

Kommission vorgeschlagen hatte (vgl. Art. 10,11,12 des Entwurfs). Berichterstatterin MdEP Angelika Winzig (EVP/AUT) erklärte, sich auch für eine größere Preistransparenz bei Servicenummern einzusetzen. Die Kommission wird außerdem ermutigt, „Roam-like-at-home“-Bestimmungen in internationale Abkommen mit Drittstaaten, insbesondere denjenigen, die an den EU-Außengrenzen liegen, aufzunehmen.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/committee-on-industry-research-and-energy_20210927-1345-COMMITTEE-ITRE_vd

Kommission; Sitzung des Trade and Tech Council in Pittsburgh (USA)

Am 29.09.2021 tagte in Pittsburgh (USA) zum ersten Mal der transatlantische Handels- und Technologierat, der sog. „Trade and Tech Council“ (TTC), zwischen der EU und der US-Administration. Der TTC dient den USA und der EU als Forum, um sich in wichtigen globalen Handels-, Wirtschafts- und Technologiefragen zu koordinieren und die transatlantischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte zu vertiefen. Den gemeinsamen Vorsitz führten die Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, der Exekutiv-Vizepräsident und Handelskommissar Valdis Dombrovskis, US-Außenminister Antony Blinken, US-Handelsministerin Gina Raimondo und die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai. Der TTC verabschiedete die sog. „Pittsburgh-Erklärung“. Diese nennt fünf Schlüsselbereiche für eine weitere Kooperation des TTC: Exportkontrolle, Investitionskontrolle, Sicherheit von Lieferketten (insbesondere Halbleiter), Zusammenarbeit bei Technologiestandards (insbesondere Künstliche Intelligenz) und globale Handelsherausforderungen. Die Verhandlungen werden nun in zehn thematischen Arbeitsgruppen fortgeführt; die nächste Sitzung auf politischer Ebene soll im Frühjahr 2022 in Europa stattfinden. Da zu diesem Zeitpunkt FRA die EU-Ratspräsidentschaft innehat, wird davon ausgegangen, dass FRA die Sitzung ausrichten wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/statement_21_4951

Kommission; Umsetzung der PSI-Richtlinie - Vertragsverletzungsverfahren

Die Kommission hat am 30.09.2021 mitgeteilt, gegen 19 Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet zu haben, weil die Staaten keine hinreichenden Informationen über die nationale Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1024 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (sog. PSI-Richtlinie) bereitgestellt haben. Die Mitgliedstaaten, darunter AUT, ESP und SWE, haben nun zwei Monate Zeit, auf das Aufforderungsschreiben der Kommission zu antworten. Diese muss danach entscheiden, ob sie die nächste Stufe des Verfahrens einleitet. DEU ist davon nicht betroffen. DEU hat die Richtlinie mit dem Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors vom 16.07.2021 umgesetzt. Die Umsetzungsfrist lief am 17.07.2021 ab.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_4962

EuGH; Speichermedienvergütung bei Cloud-Computing

Generalanwalt Gerard Hogan hat am 23.09.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-433/20 vorgelegt. Darin vertritt er die Rechtsauffassung, dass die auf Cloud-Computing-Dienstleistungen eines Dritten gestützte Vervielfältigung unter den Begriff „Vervielfältigungen auf beliebigen Trägern“ in Art. 5 Abs. 2 Buchst. b der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29/EG fällt, d.h. die Ausnahme für Privatkopien auch in Bezug auf Vervielfältigungen in der Cloud gilt. Cloud-Computing-Dienstleister müssen für die Vervielfältigung durch eine natürliche Person zu eigenen persönlichen Zwecken allerdings keine gesonderte Abgabe zahlen, sofern die in Bezug auf die Geräte/Medien

in dem fraglichen Mitgliedstaat gezahlte Privatkopieabgabe auch den dem Rechtsinhaber durch eine solche Vervielfältigung verursachten Schaden widerspiegelt. Das zu beurteilen ist Sache des vorlegenden Gerichts. In dem Ausgangsrechtsstreit verlangt eine Rechteverwertungsgesellschaft in AUT von einem Unternehmen in DEU, das unter der Bezeichnung „HiDrive“ Cloud-Speicherplatz anbietet, Rechnungslegung und Zahlung einer Speichermedienvergütung nach dem AUT-Urheberrechtsgesetz. Dies wird damit begründet, dass der darin verwendete Begriff „Speichermedien jeder Art“ nicht nur Computerfestplatten, sondern auch das Zurverfügungstellen von Speicherplatz in einer Cloud erfasse.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-433/20>

F o r s c h u n g

Kommission; Erasmus+-App mit integriertem europäischen Studierendenausweis

Am 21.09.2021 hat die Kommission im Rahmen der Digitalisierung des Erasmus+-Programms die neue Erasmus+-App vorgestellt. Im Einklang mit dem Aktionsplan für digitale Bildung soll das neue Programm Erasmus+ für den Zeitraum 2021-2027 die Entwicklung digitaler Kompetenzen unterstützen und den digitalen Wandel der europäischen Bildungssysteme voranbringen. Die in allen EU-Sprachen zur Verfügung stehende App dient auch als Zugang zum europäischen Studierendenausweis. Sie soll den Studierenden nicht nur erleichtern, sich über die Partnereinrichtungen ihrer Universität zu informieren, Veranstaltungen zu entdecken und nützliche Tipps zu ihrem Zielort abzurufen, sondern auch die Unterzeichnung von Online-Lernvereinbarungen ermöglichen. Zudem bietet die App Zugang zu bestimmten Vergünstigungen für kulturelle Aktivitäten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4749

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zu Wissenschaft und Technologie

Der am 23.09.2021 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zum Wissensstand und zur Einstellung der europäischen Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf Wissenschaft und Technologie ist zu entnehmen, dass der generelle Einfluss von Wissenschaft und Technologie von 9 aus 10 EU-Bürgern (86%) positiv bewertet wird. Insbesondere wird davon ausgegangen, dass in den nächsten 20 Jahren die Solarenergie (92%), Impfstoffe und Technologien zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten (86%) und künstliche Intelligenz (61%) sich positiv auf unsere Lebensweise auswirken. Laut der Umfrage sind nicht nur die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger an Wissenschaft und Technologie außerordentlich interessiert (82%), sondern messen insbesondere dem Bereichen Gesundheit und medizinische Versorgung sowie die Bekämpfung des Klimawandels eine große Bedeutung bei, wenn sie gefragt werden, in welchen Bereichen Forschung und Innovation etwas bewirken können. Die Eurobarometer-Umfrage ist mit 37.103 Teilnehmenden aus 38 Staaten die bislang größte Umfrage zu Wissenschaft und Technologie.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4645

Kommission; Beschluss zur Assoziierung Islands und Norwegens mit Horizont Europa

Am 24.09.2021 teilte die Kommission mit, dass der Gemeinsame Ausschuss des Europäischen Wirtschaftsraums einen Beschluss zur Assoziierung der Länder Island und Norwegen mit Horizont Europa angenommen haben. Sie sind damit die ersten assoziierten Länder. Das heißt, dass Einrichtungen aus den beiden Ländern unter den

gleichen Bedingungen wie solche aus den Mitgliedstaaten an dem mit 95,5 Mrd. EUR ausgestatteten europäischen Forschungs- und Innovationsprogramm teilnehmen können. Die Prioritäten der Zusammenarbeit liegen auf dem grünen und digitalen Wandel, der öffentlichen Gesundheit und der Wettbewerbsfähigkeit Europas.

https://ec.europa.eu/info/news/horizon-europe-norway-and-iceland-become-first-associated-countries-2021-sep-24_de

Rat; Tagung des Europäischen Forschungsrats

Am 28.09.2021 billigten die Forschungsministerinnen und -minister Ratsschlussfolgerungen zum globalen Ansatz für Forschung und Innovation, „Europas Strategie zur Kooperation in einer sich verändernden Welt“. In den Schlussfolgerungen werden Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Rolle der EU in diesen Themenbereichen identifiziert. Das beinhaltet insbesondere einen Fokus auf Werte und Grundsätze wie die Geschlechtergleichstellung und den Schutz der Forschungsfreiheit im internationalen Raum. Die Forschungsministerinnen und -minister tauschten sich zudem über die Governance und Umsetzung des Europäischen Forschungsraums aus und drückten ihre Unterstützung für die aktuellen Reformbemühungen aus.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/compet/2021/09/28/>

Kommission; Start der EU-Missionen zur Bewältigung großer Herausforderungen

Am 29.09.2021 brachte die Kommission fünf neue EU-Missionen im Rahmen von Horizont Europa auf den Weg. Die Missionen sollen die Arbeit der Kommission zu ihren Prioritäten unterstützen. Konkret umfassen die nun verabschiedeten Missionen Forschung zu Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, Krebsbekämpfung, die Wiederherstellung der Meere und Gewässer, klimaneutralen und intelligenten Städte sowie zum Bodenschutz bzw. der Wiederherstellung von Böden. Die Missionen zielen darauf ab, dass bis 2030 Lösungen für diese wichtigen globalen Herausforderungen vorliegen. Missionen sind ein neuer kollaborativer Ansatz zur Bewältigung einiger der größten Herausforderungen der Gegenwart. Sie umfassen ein Mandat zur Erreichung bestimmter Ziele innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens. Sie sollen ihre Wirkung auch dadurch entfalten, dass Forschung und Innovation mit neuartigen Formen der Governance und Zusammenarbeit kombiniert wird.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_4747

Finanzdienstleistungen

EuRH; Sonderbericht über den Aktionsplan der EU für ein nachhaltiges Finanzwesen

Der EuRH veröffentlichte am 20.09.2021 seinen Sonderbericht Nr. 22/2021 Nachhaltiges Finanzwesen: „Die EU muss kohärenter vorgehen, um Finanzmittel in nachhaltige Investitionen umzulenken“. Aus dem Sonderbericht geht hervor, dass für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft erhebliche private und öffentliche Investitionen benötigt werden. Bemängelt wird dabei, dass die EU aber nicht genug tue, damit Geld in nachhaltiges Wirtschaften fließe. Zwar konzentrierte sich die Kommission zu Recht darauf, mehr Transparenz auf dem Markt zu schaffen. Die Prüfer kritisieren jedoch, dass es an Begleitmaßnahmen fehle, um die Kosten nicht-nachhaltiger Tätigkeiten für Umwelt und Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen. Der Bericht fordert, die Kommission müsse einheitliche Kriterien anlegen, wenn sie die Nachhaltigkeit von Investitionen bewertet, die aus dem EU-Haushalt finanziert werden.

Sie sollte ihre Bemühungen außerdem gezielter auf die Schaffung nachhaltiger Investitionsmöglichkeiten ausrichten.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_22/SR_sustainable-finance_DE.pdf

EBA; Bessere Überwachung digitaler Plattformen

Am 21.09.2021 gab die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) bekannt, dass sie dafür sorgen will, dass Aufsichtsbehörden zukünftig stärker die Tätigkeiten digitaler Plattformen, an der sich Banken in ihrem Kundenverkehr bedienen, überwachen sollen. Die EBA stellt eine rasche Zunahme der Nutzung digitaler Plattformen als Brücke zwischen Kundinnen und Kunden sowie Finanzinstituten fest. Dieser Trend dürfte sich im Einklang mit dem allgemeinen Trend zur Digitalisierung des EU-Finanzsektors beschleunigen. Die Plattformisierung bietet eine Reihe potenzieller Chancen sowohl für die Kunden als auch für die Finanzinstitute in der EU. Es entstehen jedoch neue Formen finanzieller, operativer und reputationsbezogener Interdependenzen. Daher sieht die EBA Schritte zur Stärkung der Aufsichtskapazitäten für die Überwachung der Marktentwicklungen vor.

<https://www.eba.europa.eu/eba-sees-rapid-growth-use-digital-platforms-eu%E2%80%99s-banking-and-payments-sector-and-identifies-steps>

Kommission; Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften (Solvency II)

Die Kommission hat am 22.09.2021 umfassende Vorschläge zur Überarbeitung der EU-Versicherungsvorschriften (Solvency II) vorgelegt. Die Vorschläge sollen bewirken, dass die Versicherungsunternehmen ihre langfristigen Investitionen erhöhen und zur Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie beitragen können. Gleichzeitig soll die Versicherungsbranche durch höhere Kapitalanforderungen besser für künftige Krisen gewappnet werden. Zu den Vorschlägen der Kommission gehören auch die Einführung eines Abwicklungsregimes, Nachjustierungen in der Aufsicht und vor allem die stärkere Beachtung von Klimarisiken, die Versicherer künftig im internen Risikomanagement mittels Szenario-Rechnungen untersuchen sollen. Außerdem sollen für bestimmte kleinere Versicherungsgesellschaften vereinfachte und verhältnismäßigere Vorschriften eingeführt werden.

https://ec.europa.eu/info/publications/210922-solvency-2-communication_en

F i n a n z e n

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 3,0% gestiegen

Am 17.09.2021 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im August 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 3,0% gegenüber 2,2% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,2% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im August bei 3,2% gegenüber 2,5% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,4% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in MTL (0,4%), GRI (1,2%) und PTL (1,3%) gemessen, die höchsten in EST (5,0%), LIT (5,0%), und POL (5,0%). Im August kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Energie (+1,44 Prozentpunkte), gefolgt von Industriegütern ohne Energie (+0,65 Prozentpunkte) sowie Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,15 Prozentpunkte) und Dienstleistungen (+0,43 Prozentpunkte). Die Inflationsrate in DEU betrug im August 3,4%.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563283/2-17092021-AP-DE.pdf/1cf7c899-c422-ce2f-b5af-4f1545e5df3a?t=1631866807229>

Rat; Mehr Transparenz großer multinationaler Unternehmen

Der Rat hat am 28.09.2021 seinen Standpunkt zu der vorgeschlagenen Richtlinie über die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen – Richtlinie über die öffentliche länderspezifische Berichterstattung (CBCR) – festgelegt und damit den Weg für ihre endgültige Annahme geebnet. Bereits im Juni hatte der Rat eine vorläufige Einigung mit dem EP erzielt. Die CBCR-Richtlinie zielt darauf ab, die Unternehmenstransparenz großer multinationaler Unternehmen zu verbessern. Bestimmte multinationale Unternehmen mit Einnahmen von mehr als 750 Mio. EUR müssen in einem spezifischen Bericht die von ihnen entrichtete Ertragsteuer offenlegen. Erstmals werden auch für nichteuropäische multinationale Unternehmen, die über ihre Tochterunternehmen und Zweigniederlassungen in der EU geschäftlich tätig sind, dieselben Berichtspflichten wie für multinationale Unternehmen aus der EU gelten. Als weiterer Schritt ist noch die förmliche Billigung der vorläufigen Einigung durch das EP erforderlich.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/09/28/public-country-by-country-reporting-council-paves-the-way-for-greater-corporate-transparency-for-big-multinationals/>

S o z i a l e s

EMCDDA; Neuer Leitfaden für Qualitätsstandards in der politischen Arbeit zur Reduktion des Drogenkonsums

Der mit seinen 24 Seiten verhältnismäßig kurz gehaltene Leitfaden, den die EU Agentur EMCDDA (European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction) am 28.09.2021 veröffentlicht hat, zielt darauf ab, politische Entscheidungsträger in sechs Schritten dazu zu bringen, die Qualitätsstandards ihrer Arbeit zur Reduktion des Drogenkonsums zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Die sechs Schritte sind eine genaue Definition des Problems (1), eine Formulierung des Ziels und des Wegs dahin (2), eine klare Benennung der Qualitätsstandards, die im spezifischen Projekt zur Reduktion des Drogenkonsums beachtet werden sollen (3), eine Evaluation des Projektes (4), die Entwicklung eines verbesserten Projektes (5) und schließlich die Vorbereitung auf die Durchführung des verbesserten Projektes (6).

https://www.emcdda.europa.eu/news/2021/six-steps-improve-quality-drug-services-and-systems_en

ELA; Woche der Saisonarbeit vom 20.09.2021-24.09.2021

Die europäische Arbeitsbehörde (ELA) kündigte am 16.09.2021 die Woche der Saisonarbeit an, die vom 20.09.2021 bis 24.09.2021 stattfand. In verschiedenen Mitgliedstaaten (MS) fanden in diesem Zeitraum Informationsveranstaltungen statt. Die ELA vermutet, dass jährlich in etwa 850.000 europäische Bürgerinnen und Bürger im europäischen Ausland als Saisonarbeitskräfte erwerbstätig sind. Sie haben dieselben Rechte, wie lokale Arbeitskräfte. Diese Rechte werden aber bei international arbeitenden Saisonarbeitskräften von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern laut ELA häufig nicht eingehalten. Die Woche der Saisonarbeit wirbt für faire Saisonarbeit und klärt über Rechte und Pflichten auf. Die Woche der Saisonarbeit ist Teil einer Kampagne für faire Saisonarbeit in Europa, die noch bis Oktober 2021 andauert und für die ELA mit nationalen Institutionen zusammenarbeitet.

<https://www.ela.europa.eu/index.php/en/news>

Kommission; Bericht zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen durch das SURE-Instrument veröffentlicht

Die Kommission hat am 22.09.2021 ihren zweiten Bericht zur Wirkung des SURE-Instruments veröffentlicht. Mit SURE (European instrument for temporary Support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) will die Kommission die Mitgliedstaaten (MS) durch Darlehen dabei unterstützen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Maßnahmen zur Beschäftigungserhaltung (z.B. Kurzarbeit) zu bewältigen. So sollen die MS in die Lage versetzt werden, die Kosten zu tragen, die durch die Finanzierung der nationalen Vorschriften für kurzfristige Arbeit und ähnlicher Maßnahmen entstehen. Fast 90 Mrd. EUR wurden bereits im Rahmen des SURE-Instruments an insgesamt 19 MS in sogenannten Back-To-Back-Darlehen ausbezahlt. Die Kommission hat sich dazu verpflichtet alle sechs Monate einen Bericht zur Wirkung des Instruments zu veröffentlichen, solange das Instrument bestehen bleibt. Der letzte Bericht wurde am 22.3.2021 veröffentlicht. Der aktuelle Bericht beschreibt, wie die Darlehen des SURE-Instruments verteilt wurden, wie sie von den MS verwendet wurden und welche Wirkung die Darlehen auf die Beschäftigungserhaltung hatten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4822

EP; EU-Studie zu Prostitution und grenzüberschreitenden Frauenrechten

Der wissenschaftliche Dienst des EP hat am 24.09.2021 eine Studie zu den unterschiedlichen Rechtsrahmen in der EU in puncto Prostitution veröffentlicht. Die Studie wurde im Auftrag des FEMM-Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter erstellt. Dabei werden die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für Prostitution und aktuelle Daten zum Menschenhandel in den Blick genommen. Hinterfragt wird in diesem Kontext, wie die EU-Gesetzgebung einen Beitrag leisten kann, um Frauen davor zu schützen, Opfer von Menschenhandel zu werden.

[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/695394/IPOL_STU\(2021\)695394_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2021/695394/IPOL_STU(2021)695394_EN.pdf)

EuGH; Schlussanträge zur Frage der Sanktionierung von Meldeverstößen bei entsandten Arbeitnehmern in AUT

Generalanwalt Michael Bobek hat am 23.09.2021 seine Schlussanträge zur Frage der Sanktionierung von Meldeverstößen bei entsandten Arbeitnehmern in AUT vorgelegt. Die Schlussanträge beziehen sich auf die Rechtssache C-205/20 Bezirkshauptmannschaft Hartberg-Fürstenfeld. Das österreichische Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz sieht vor, dass die Entsendung bzw. Überlassung von Arbeitnehmern nach AUT bei den Behörden anzumelden ist und bestimmte Unterlagen bereitgehalten werden müssen. Verstöße werden mit weitreichenden Sanktionen geahndet. Für den Generalanwalt Bobek stellt dies jedoch eine Einschränkung der europäischen Entsenderichtlinie dar, da diese Strafen in AUT unverhältnismäßig hoch angesetzt seien und somit die Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit einschränken würden.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/de/TXT/?uri=CELEX:62020CC0205>

Cedefop; Neue Studie zu Ausbildungen in der EU

Am 23.09.2021 veröffentlichte die EU Agentur Cedefop („European Center for the Development of Vocational Training“) einen Artikel, in dem zwei Aspekte der Arbeit der Agentur hervorgehoben werden. Zum einen wird auf die Zusammenarbeit der Ausbildungsexpertinnen und –experten aus verschiedenen Mitgliedstaaten sowie Norwegen und GBR hingewiesen. Diese arbeiten untereinander und mit Cedefop daran, gezielte, effiziente und effektive Governance-Strategien für Ausbildungen zu

entwickeln. Die Expertinnen und Experten bezeichnen ihre Zusammenarbeit als erfolgreich und hatten am 16.09.2021 ihr virtuelles jährliches Treffen. Zum anderen wird eine rezente Sammlung wissenschaftlicher Artikel von Cedefop hervorgehoben, die am 07.09.2021 erschien und worin thematisiert wird, welche Ausbildungsberufe auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden und wie Ausbildungsinhalte derzeit gelehrt werden.

<https://www.cedefop.europa.eu/en/news-and-press/news/cedefop-publication-apprenticeships-valuable-guide-policy-making>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation für Reform des Arzneimittelrechts gestartet

Die Kommission hat am 28.09.2021 eine Konsultation für eine Reform des EU-Arzneimittelrechts gestartet. Die Überarbeitung des EU-Arzneimittelrechts stellt einen wichtigen Baustein der im November 2020 vorgestellten EU-Arzneimittelstrategie dar. Ziel ist es, einen zukunftssicheren und krisenfesten Rechtsrahmen für den Arzneimittelsektor zu schaffen. Mit der bis zum 21.12.2021 laufenden Konsultation soll die Expertise von Interessenträgern eingeholt werden, um eine Folgenabschätzung für unterschiedliche Maßnahmen auf EU-Ebene zu unterstützen. Eine Teilnahme ist unter diesem Link möglich:

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12963-Revision-of-the-EU-general-pharmaceuticals-legislation/public-consultation_de

Kommission; Start der Kampagne „HealthyLifestyle4All“

Die Kommission hat am 24.09.2021 eine EU-weite Kampagne für eine gesunde Lebensweise vorgestellt. Unter dem Titel „HealthyLifestyle4All“ möchte die Kommission dabei generationenübergreifend Gesundheit und Wohlbefinden aller Europäerinnen und Europäer fördern. In der zwei Jahre andauernden Kampagne sollen dabei in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen Maßnahmen für eine aktive Lebensweise unterstützt werden. Die drei inhaltlichen Schwerpunkte der Initiative sind das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise; der Zugang zu Sport und gesunder Ernährung sowie eine politische Gesamtkonzeption, die die Bereiche Ernährung, Gesundheit, Wohlbefinden und Sport miteinander verbindet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4826

EMA; Neue Maßnahme zur Reduktion von Tierversuchen bei der Entwicklung von Humanmedizin

Am 29.09.2021 veröffentlichte die europäische Arzneimittelagentur (EMA) ein neues Angebot für Entwicklerinnen und Entwickler von Humanmedizin. Zukünftig können sie sich an EMA's Innovation Task Force (ITF) wenden, die sie kostenlos dazu beraten, wie sie Tierversuche in ihrer Arbeit ersetzen, verringern oder verbessern können. Diese Maßnahme geht mit der EU Richtlinie 2010/63/EU vom 22.09.2010 für den Schutz der zu wissenschaftlichen Zwecken verwendeten Tiere einher.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-implements-new-measures-minimise-animal-testing-during-medicines-development>

ECHA; Titaniumdioxid Klassifikation und Bezeichnung

Das krebserregende Titaniumdioxid (TiO₂) muss seit Februar 2020 anders klassifiziert und bezeichnet werden. Die EU Agentur ECHA (Europäische Chemikalienagentur) hat

am 20.09.2021 einen Leitfaden zur neuen Bezeichnung und Klassifikation von Titaniumdioxid veröffentlicht.

<https://echa.europa.eu/de/-/new-guide-available-on-classifying-and-labelling-titanium-dioxide>

EuGH; Schlussanträge zur Rechtmäßigkeit von Thermofenstern bei Softwareupdate von Diesel-Fahrzeugen

Am 23.09.21 legte Generalanwalt Rantos seine Schlussanträge in den Rechtssachen C-128/20, C134/20 und C-145/20 gegen den Volkswagenkonzern zur Frage ob der Einbau einer integrierten Software, mit der entsprechend der Außentemperatur und der Höhenlage die Höhe der Schadstoffemissionen eines Fahrzeugs verändert wird, unionsrechtswidrig sei. Der Generalanwalt kam zu dem Ergebnis, dass dies der Fall sei und dass ein solches Fahrzeug nicht vertragsmäßig im Sinne der Richtlinie 1999/44 sei. Eine solche Einrichtung könne nicht mit dem Schutz des Motors vor Beschädigung oder Unfall und dem sicheren Betrieb des Fahrzeugs gerechtfertigt werden, wenn diese Einrichtung vornehmlich der Schonung von Anbauteilen wie AGR-Ventil, AGR-Kühler und Dieselpartikelfilter diene. Verschiedene Käufer von VW-Dieselfahrzeugen, bei denen die Abgasrückführung im Rahmen eines Software-Updates mit einem sog. Thermofenster ausgestattet wurde, verlangen Rückzahlung des Kaufpreises gegen Rückgabe des Fahrzeugs. Das Thermofenster gewährleiste die volle Wirksamkeit der emissionsmindernden Vorrichtungen nur in einem Temperaturbereich von 15 und 33 Grad Celsius und unter 1.000 Höhenmeter.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210162de.pdf>

Kommission; Vorschlag für einheitliche Ladegeräte von elektronischen Geräten

Am 23.09.2021 schlug die Kommission neue Rechtsvorschriften vor, um für ein einheitliches Ladegerät für alle einschlägigen Geräte zu sorgen. Dazu soll die Richtlinie 2014/53/EU über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen auf dem Markt überarbeitet werden. So soll USB-C zum Standardanschluss für alle Smartphones, Tablets, Kameras, Kopfhörer, tragbare Lautsprecher und tragbare Videospielkonsolen werden. Durch die harmonisierte Schnellladetechnologie soll dazu beigetragen werden, dass die einzelnen Hersteller die Ladegeschwindigkeit nicht ungerechtfertigt begrenzen und dass die Ladegeschwindigkeit bei der Verwendung eines kompatiblen Ladegeräts identisch ist. Um zukünftig den Elektroabfall zu verringern und die Verbraucherfreundlichkeit zu vergrößern, soll der Verkauf von Ladegeräten und elektronischen Geräten unabhängig voneinander erfolgen. Die Informationspflicht der Hersteller soll zudem erweitert werden, indem sie einschlägige Informationen über die Ladeleistung bereitstellen und angeben müssen, ob die Schnellladung unterstützt wird. Zunächst müssen noch das EP und der Rat im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidung) zustimmen. Wird der Vorschlag angenommen, soll der Industrie eine Übergangszeit von 24 Monaten eingeräumt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4613

EuGH; Schlussanträge zur Auslegung der Verordnung über Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste

Am 23.09.2021 legte der Generalanwalt Priit Pikamäe seine Schlussanträge zu den miteinander verbundenen Rechtssachen C-146/20, C-188/20, C-196/20 und C270/20 vor. Grund hierfür war ein Vorabentscheidungsersuchen des Landgerichts Düsseldorf und des Landesgerichts Korneuburg (AUT). Fraglich war, wie mehrere Artikel der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen auszulegen sind. Die Auslegung des

Generalanwalts konkretisiert zum einen die Bestimmungen zu Dokumenten, auf die es für die Geltendmachung einer Entschädigung ankommt. Zum anderen stärkt sie grundsätzlich die Fluggastrechte, da die Vorverlegung eines Fluges als eine „Annullierung“ auszulegen und eine Kürzung der Ausgleichszahlung in einem solchen Fall auszuschließen sei. Das Luftfahrtunternehmen sei außerdem verpflichtet, den Fluggast über die Regeln für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen zu informieren. Die Schlussanträge sind für den Gerichtshof nicht bindend.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246482&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2791799>

Kommission; Aufforderung Volkswagens zur Entschädigung europäischer Verbraucher

Die Kommission und die EU-Verbraucherschutzbehörden haben am 28.09.21 im Rahmen des Netzes für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) eine Erklärung veröffentlicht, in der Volkswagen aufgefordert wird, alle Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU zu entschädigen, weil das Unternehmen sie in Bezug auf die Abgasnormen ihrer Fahrzeuge getäuscht hat. Die Geschäftspraktiken des Konzerns verstoßen nach Ansicht der Kommission gegen das EU-Verbraucherschutzrecht. Bislang hatte sich Volkswagen nur bereiterklärt, EU-Verbraucher zu entschädigen, die zum Zeitpunkt des Autokaufs ihren Wohnsitz in DEU hatten, freiwillige Zahlungen an europäische Verbraucherinnen und Verbraucher mit Wohnsitz außerhalb DEUs hingegen seien nach Ansicht des Konzerns nicht gerechtfertigt, da die betroffenen Fahrzeuge inzwischen so umgerüstet worden seien, dass sie den gesetzlichen Anforderungen entsprächen.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/declaration_of_the_cpc_network_on_vw_-_final.docx.pdf

Kommission; Verleihung des EU-Preises für Produktsicherheit

Am 28.09.2021 gab die Kommission bekannt, welche Unternehmen sie mit dem EU-Preis für Produktsicherheit 2021 ehren möchte. Ausgezeichnet wurden elf Unternehmen aus acht Ländern für ihre Innovationen und Investitionen zur Verbesserung der Verbrauchersicherheit. Schwerpunktthemen des zum zweiten Mal vergebenen Preises sind dieses Mal der Schutz gefährdeter Verbrauchergruppen und die Erhöhung der Produktsicherheit durch den Einsatz neuer Technologien. DEU erhielt zum einen Gold in der Kategorie „kleine und mittlere Unternehmen“ für die Verbesserung der Produktsicherheit auf Online-Marktplätzen durch ein System zur automatischen Überprüfung technischer Unterlagen (Terrainq Solutions). Zum anderen Silber in der Kategorie „Großunternehmen“ für die verbesserte Kinder- und Tiersicherheit von Rasenmärobotern durch intelligente, innovative Technologie (Positec).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4823

Kommission; Verbesserungen bei der Verhütung schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen

Am 29.09.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU zur Bekämpfung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Seveso-III-Richtlinie). Diese spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, die hochindustrialisierte EU in Richtung einer Nullverschmutzung durch Industrieunfälle zu lenken, eine Verpflichtung, die im Europäischen Green Deal und im Aktionsplan für Schadstofffreiheit festgelegt ist. Der Bericht zeigt nicht nur, dass sich die Zahl der schweren Industrieunfälle in der EU zwischen den Jahren 2015 und 2018 auf einem niedrigen Niveau gehalten habe (25 pro Jahr bei 12.000 Betrieben). Er zeige auch, dass die Richtlinie im Vergleich zu den Vorjahren besser umgesetzt werde. Der

vorliegende Bericht ist der erste Bericht im Rahmen der Seveso-III-Richtlinie und enthält Informationen zu verschiedenen Fragen der Umsetzung.

https://ec.europa.eu/environment/news/industrial-accidents-commission-report-shows-improvement-preventing-major-accidents-involving_en

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Überprüfung der Umsetzung des EU-Umweltrechts

Am 20.09.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan zur Überprüfung der Umsetzung des EU-Umweltrechts (environmental implementation review, EIR) vorgelegt. Der EIR ist ein regelmäßiger Zyklus der Analyse, des Dialogs und der Zusammenarbeit, um die Umsetzung der Umweltpolitik und des Umweltrechts der EU in den EU-Mitgliedstaaten zu verbessern. Die erste Überprüfung wurde im Februar 2017 und die zweite im April 2019 angenommen. Die im Jahr 2022 geplante Überprüfung soll erneut 27 Länderberichte umfassen, in denen die jeweiligen mitgliedstaatlichen Fortschritte bei der Erfüllung der wichtigsten Umweltverpflichtungen aufgezeigt werden. Darüber hinaus soll ein Strategiepapier (Mitteilung) ausgearbeitet werden, in dem die gemeinsamen Herausforderungen und vorrangigen Maßnahmen für alle Länder aufgezeigt werden. Rückmeldungen können noch bis zum 18.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2022 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13103-EU-Umweltrecht-Überprüfung-der-Umsetzung-2022_de

EUA; Bericht über zu hohe Luftschadstoffe in den meisten europäischen Ländern

Dem von der Europäische Umweltagentur (EUA) am 21.09.2021 veröffentlichten Briefings zum Status der Luftqualität 2021 zufolge überschritten die meisten Mitgliedstaaten im Jahr 2019 mindestens einen oder mehrere der gesetzlichen Grenzwerte für Luftschadstoffe in der EU. Damit überstiegen sie ebenfalls die meist strengeren Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation. Gemessen wurden Konzentrationen der wichtigsten Luftschadstoffe an über 4500 Messstationen in 40 europäischen Ländern. Aufgrund der hohen Konzentrationen, insbesondere von Fein- und Grobstaub, Stickstoffdioxid und bodennahem Ozon wird abgeleitet, dass die Luftverschmutzung weiterhin ein Gesundheitsrisiko darstellt. Die Daten der EUA zeigen zwar, dass sich die Luftqualität in Europa im Jahr 2020 infolge der Covid-19 Pandemie und günstiger Wetterbedingungen verbessert habe, dies solle jedoch in einem separaten und ausführlicheren Bericht vorgestellt werden.

<https://www.eea.europa.eu/highlights/air-pollution-still-too-high-1>

Kommission; Konsultation über die Einordnung von „ADBAC/BK (C12-16)“ als Biozidprodukt

Am 21.09.2021 veröffentlichte die Kommission eine Konsultation über den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses, um zu klären, ob es sich beim Wirkstoff Alkyl(C12-16) dimethylbenzylammoniumchlorid (abgekürzt „ADBAC/BKC (C12-16)“) um ein Biozidprodukt im Sinne der EU-Verordnung (Nr.528/2012) handelt. Der Wirkstoff wird derzeit auf dem dänischen Markt als Reinigungsmittel verwendet und dient der Bekämpfung und Verhinderung des Algenwachstums. Rückmeldungen können noch bis zum 19.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13060-Biozidprodukte-Einstufung-eines-Produkts-mit-dem-Wirkstoff-ADBAC-BKC-C12-16-de>

Kommission; Konsultation zur Datenübermittlung bezüglich Kunststoffabfällen im Zusammenhang mit Tabakkonsum

Am 22.09.2021 startete die Kommission eine Konsultation über den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses bezüglich der Konkretisierung der Richtlinie (EU 2019/904) über Einwegkunststoffartikel. Gemäß dieser müssen die Mitgliedstaaten bisher der Kommission Daten über die gesammelten Abfälle von Tabakprodukten mit Filtern sowie Filter, die zur Verwendung in Kombination mit Tabakprodukten vertrieben werden, übermitteln. Mit der neuen Initiative der Kommission sollen nun die Regeln für diese Übermittlung von Daten, Informationen und das Format für den Qualitätskontrollbericht festgelegt werden. Die Frist für Rückmeldungen ist auf den 20.10.2021 datiert. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13151-Einwegkunststoffartikel-Übermittlung-von-Daten-über-nach-dem-Konsum-entstehende-Abfälle-von-Tabakprodukten-mit-kunststoffhaltigen-Filtern-de>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für die Luftqualität

Am 23.09.2021 eröffnete die Kommission die öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zu Luftqualität. Im Rahmen des europäischen Grünen Deals wurde angekündigt, die Grenzwerte für Luftschadstoffe enger an die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation anzugleichen. Insgesamt sollen die EU-Rechtsvorschriften für saubere Luft verbessert werden, wobei auf den Erfahrungen aufgebaut wird, die aus der im vergangenen Jahr vorgenommenen Bewertung der EU-Vorschriften in dem Bereich der Eignungsprüfung gewonnen wurden. Rückmeldungen können noch bis zum 16.12.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das Dritte Quartal 2022 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12677-Luftqualität-Überarbeitung-der-EU-Vorschriften-de>

Kommission; Aufforderung zum Erlass eines nationalen Programms für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Die Kommission richtete am 23.09.2021 eine mit Gründen versehene Stellungnahme unter anderem an DEU, weil das erlassene Programm für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle nicht vollständig im Einklang mit der Richtlinie über abgebrannte Brennelemente und radioaktive Abfälle (Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates) steht. Die Richtlinie ist ein Gemeinschaftsrahmen für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung Elemente und Abfälle. Nun muss DEU binnen zwei Monaten diese Mängel beheben. Erfolgt dies nicht, kann die Kommission vor dem EuGH Klage erheben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_21_4681

Kommission; Konsultation über einen politischen Rahmen für nachhaltige Kunststoffe

Am 30.09.2021 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation zum Fahrplan bezüglich eines politischen Rahmens für biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe veröffentlicht. Ziel ist es, den Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe zu fördern. Darüber hinaus soll der Umweltschutz verbessert, die Kohärenz der Gesetzgebung erhöht und die Investitionssicherheit im

Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit und Innovation vorangetrieben werden. Rückmeldungen können noch bis zum 27.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2022 beplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13138-Policy-framework-on-biobased-biodegradable-and-compostable-plastics_de

Kommission; Konsultation über Umweltauswirkungen von Fotovoltaikprodukten

Am 30.09.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan für eine Initiative vorgelegt, um zu prüfen ob Rechtsvorschriften erforderlich sind, um die Umweltauswirkungen von Fotovoltaikprodukten zu regeln. Angesichts der Rolle von Fotovoltaikprodukten, die sie bei der Dekarbonisierung des Energiesystems der EU spielen, sei es von entscheidender Bedeutung, dass neu installierte Produkte in der EU umweltfreundlich seien. Rückmeldungen können noch bis zum 28.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das dritte Quartal 2021 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12819-Okodesign-Europäische-Kommission-pruft-Notwendigkeit-neuer-Vorschriften-uber-die-Umweltauswirkungen-von-Fotovoltaik_de

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Vorschlag über Fangmöglichkeiten für das Jahr 2022 im Mittelmeer und im Schwarzen Meer

Am 17.09.2021 hat die Kommission einen Vorschlag für die Fangmöglichkeiten im Mittelmeer und im Schwarzen Meer für das Jahr 2022 angenommen. Dies soll zu einer nachhaltigen Fischerei in beiden Meeresbecken führen. Auch soll der mehrjährige Bewirtschaftungsplan für die Grundfischbestände im Mittelmeer sowie das Ziel, bis 2026 die Nachhaltigkeit dieser Bestände erreicht werden, zum Beispiel durch die Verringerung des Fischereiaufwandes. Weiterhin umfasst der Vorschlag auch verschiedene Bewirtschaftungsmaßnahmen für Bestände von Aal, Roter Koralle, Goldmakrele, Roter Fleckbrasse und Tiefseegarnele im Ionischen und im Levantischen Meer sowie in der Straße von Sizilien.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4743

Kommission; Startschuss für den jährlichen EU-Bio-Tag

Am 23.09.2021 feierten das EP, der Rat und die Kommission den Startschuss für den „EU-Bio-Tage“, der mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung der drei Organe jährlich stattfinden soll. Die Initiative wurde im „Aktionsplan zur Förderung der ökologischen/biologischen Produktion“ vom 25.03.2021 angekündigt. Das übergeordnete Ziel des Aktionsplans ist die Förderung der ökologischen Produktion und dessen Verbrauch, um die Ziele der „vom Hof auf den Tisch“- und der Biodiversitätsstrategie umsetzen zu können. Zur Sicherstellung eines ausgewogenen Wachstums des Bio-Sektors sieht dieser insgesamt 23 Maßnahmen in drei Schwerpunktbereichen vor (Förderung des Verbrauchs, Ausbau der Produktion und weitere Stärkung der Nachhaltigkeit des Sektors).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4821

EFSA/ECHA; Konsultation zu den ersten wissenschaftlichen Bewertungen von Glyphosat

Am 23.09.2021 veröffentlichten die European Food Safety Authority (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) parallel ihre Konsultationen zu den ersten wissenschaftlichen Bewertungen von Glyphosat. Relevante Kommentare sollen in der Ausarbeitung der Stellungnahme des Ausschusses für Risikobeurteilung (RAC) der ECHA zur Einstufung von Glyphosat berücksichtigt werden. Das Ergebnis des Gutachtens soll laut EFSA voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2022 vorgelegt werden. Im Anschluss muss die Kommission gemeinsam mit den Risikomanagern der Mitgliedstaaten entscheiden, ob die Zulassung von Glyphosat für die Verwendung in der EU erneuert werden soll. Aufgrund der durch die Kommission erteilten Fünfjahreszulassung ist Glyphosat noch bis zum 15.12.2022 zugelassen. Rückmeldungen können noch bis zum 22.11.2021 abgegeben werden.

<https://www.efsa.europa.eu/en/news/glyphosate-efsa-and-echa-launch-consultations>

Kommission; Konsultation über einen neuen Rechtsrahmen für Pflanzen, die durch neue genomische Verfahren gewonnen wurden

Am 24.09.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan für eine Verordnung vorgelegt, die einen neuen Rechtsrahmen für solche Pflanzen schaffen soll, die durch gezielte Mutagenese und Cisgenese gewonnen werden sowie für die daraus hergestellten Lebens- und Futtermittel. Die Kommission gründet die Initiative auf Ergebnisse ihrer Studie über Neue Genomische Techniken im Unionsrecht, die am 29.03.2021 von der Kommission veröffentlicht wurde. Ziel ist laut Kommission die Aufrechterhaltung eines hohen Schutzniveaus für die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt und die Ermöglichung von Innovation im Agrar- und Lebensmittelsystem. Rückmeldungen können noch bis zum 22.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2023 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13119-Rechtsvorschriften-fur-Pflanzen-die-mithilfe-bestimmter-neuer-genomischer-Verfahren-gewonnen-werden_de

Kommission; Zunahme des EU-Agrar- und Lebensmittelhandels im ersten Halbjahr 2021

Am 24.09.2021 veröffentlichte die Kommission Informationen über den EU Agrar- und Lebensmittelhandel im ersten Halbjahr 2021. Mit einem Anstieg von 3% im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2020 belief sich der Gesamtwert des EU-Agrar- und Lebensmittelhandels (Ausfuhren und Einfuhren) auf 157,1 Mrd. EUR. Während die Ausfuhren um knapp 6% auf 95,3 Mrd. EUR stiegen, gingen die Einfuhren um 1 % auf 61,8 Mrd. EUR zurück. Während sich der Anstieg der Exporte vor allem auf Wein, Spirituosen und Liköre sowie Schweinefleisch beläuft, sind die deutlichsten Wertsteigerungen bei Importen auf Ölkuchen, Sojabohnen sowie Fettsäuren und Wachse zurückzuführen.

https://ec.europa.eu/info/news/eu-agri-food-trade-sustains-increase-after-slow-start-2021-2021-sep-24_de

Kommission; Konsultation zu einem nachhaltigen EU-Lebensmittelsystems

Am 28.09.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan für eine Verordnung für ein nachhaltigeres EU-Lebensmittelsystem veröffentlicht. Ziel der Initiative ist es, das Lebensmittelsystem durch entsprechende Maßnahmen nachhaltiger zu gestalten. Die Vorschriften beziehen sich auf Bereiche der Nachhaltigkeitskennzeichnung von Lebensmitteln, Mindestanforderungen für nachhaltige öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln sowie Governance und Überwachung. Rückmeldungen können noch

bis zum 26.10.2021 abgegeben werden. Die Annahme durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2023 geplant.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13174-Nachhaltiges-EU-Lebensmittelsystem-neue-Initiative_de

Kommission; Ankündigung von 140 Mio. EUR für die Forschung im Bereich nachhaltiger Nahrungsmittelsysteme

Auf der Global Citizen Live-Veranstaltung am 25.09.2021 kündigte Ursula von der Leyen an, 140 Mio. EUR für die Forschung im Bereich nachhaltiger Ernährungssysteme und die Bekämpfung des Hungers bereitzustellen. Die EU-Mittel werden die Kapazitäten und Maßnahmen der CGIAR (Consultative Group for International Agricultural Research) zur Erneuerung ihres Forschungs- und Innovationsportfolios stärken, um Methoden, Verfahren und politische Strategien rund um die Lebensmittelproduktion zu untersuchen und naturbasierte Lösungen und ökosystembasierte Ansätze (z.B. agrarökologische und regenerative Ansätze, Agroforstwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft) auszubauen, um die Produktivität auf der Grundlage ökologischer Prozesse zu verbessern und so zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit beizutragen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4895

EuRH; Sonderbericht zur nachhaltigen Wassernutzung

In einem am 28.09.2021 veröffentlichten Sonderbericht informierte der Europäische Rechnungshof (EuRH) darüber, dass die relevante Gesetzgebung der EU die nachhaltige Wassernutzung durch Landwirtinnen und Landwirte nicht sicherstellen könne. Der Agrarsektor ist für ein Viertel der gesamten in der EU entnommenen Wassermenge verantwortlich und hat sowohl Auswirkungen auf die Wasserqualität als auch auf die verfügbare Wassermenge. Auch wenn durch die Wasserrahmenrichtlinie und die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) Ansätze zur nachhaltigen Wassernutzung vorgesehen seien, gebe es laut dem EuRH dennoch zu viele Ausnahmen von diesen Regeln für Landwirtinnen und Landwirten. Darüber hinaus unterstütze die EU-Agrarpolitik allzu oft eher eine stärkere als eine effizientere Wassernutzung. In der Summe hätten demnach die Maßnahmen der EU nicht ausreichend dazu beigetragen, die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Wasserressourcen zu verringern.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/NewsItem.aspx?nid=15842>

J u s t i z

EuG; Abweisung einer Schadensersatzklage gegen Europol

Der EuG hat mit Urteil vom 29.09.2021 in der Rechtssache T-528/20 (Kočner / Europol) die von Herrn M. Kočner im Zusammenhang mit den Ermittlungen zum Mord an dem Journalisten J. Kuciak und an dessen Verlobter M. Kušnírová gegen Europol erhobene Klage abgewiesen. Herr Kočner habe nicht nachgewiesen, dass die Veröffentlichung seiner persönlichen Daten durch die slowakische Presse und im Internet sowie die angebliche Aufnahme seines Namens in die „Mafia-Liste“ Europol zuzurechnen sind.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=FCE30B7F85E44BD B9A0D84382152969A?text=&docid=246708&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req &dir=&occ=first&part=1&cid=3095514>

Europäische Staatsanwaltschaft – Start der Ermittlungsarbeiten

Seit die Europäische Staatsanwaltschaft (EUStA) ihre operative Tätigkeit am 01.06.2021 aufgenommen hat, sind bei ihr mehr als 1.700 Anzeigen von teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten sowie von Privatpersonen eingegangen. Bislang wurden 300 Ermittlungen eingeleitet, wobei noch nicht alle Anzeigen ausgewertet werden konnten. Der geschätzte mutmaßliche Schaden für den EU-Haushalt durch die derzeit untersuchten Aktivitäten beläuft sich auf fast 4,5 Mrd. EUR.

<https://www.eppo.europa.eu/en/home>

EuG; Urteil in der Rechtssache Front Polisario / Rat

Am 29.09.2021 urteilte das EuG in der Rechtssache T-279/19, dass gleich zwei Entscheidungen der EU für nichtig zu erklären seien. Der Front Polisario hatte geklagt, um die Frage zu klären, ob die EU mit Marokko ein Assoziierungsabkommen aushandeln durfte, das auch Fischereibestände vor der Küste der ehemals spanischen Kolonie Westsahara umfasst. Die für die Unabhängigkeit kämpfende Polisario-Befreiungsfront beschuldigt Marokko, die Ressourcen der Region „auszuplündern“ und möchte deshalb mit der Klage bezwecken, dass die EU-Landwirtschafts- und Fischereiabkommen mit Marokko ihre Gültigkeit verlieren. Marokko hingegen betrachtet die weitgehend annektierte Region als Teil seines Staatsgebiets. Nach Ansicht des EuG habe der EU-Ministerrat vor Abschluss der Abkommen nicht die Zustimmung des Volkes der Westsahara eingeholt, weshalb die getroffenen Vereinbarungen keine Gültigkeit für die Westsahara hätten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246701&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3359779>

I n n e r e s

Europol; Kooperationsabkommen mit Armenien geschlossen

Am 16.09.2021 gab Europol die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens mit Armenien bekannt. Auf der Grundlage des Abkommens soll eine Zusammenarbeit zwischen Europol und armenischen Behörden in den Bereichen Migrantenschleusung, Cyberkriminalität, Drogenhandel, Geldwäsche, organisierte Eigentumskriminalität, Rückgewinnung von Vermögenswerten und Menschenhandel erfolgen. Dazu ermöglicht das Abkommen den Austausch allgemeiner strategischer Erkenntnisse sowie strategischer und technischer Informationen, wobei personenbezogene Daten ausgenommen sein sollen. Zudem soll im Rahmen des Abkommens ein armenischer Verbindungsbeamter zu Europol nach Den Haag entsandt werden.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/armenia-and-europol-sign-agreement-to-combat-cross-border-serious-organised-crime>

Kommission; Verfahren gegen DEU wegen Format von Aufenthaltstiteln

Am 23.09.2021 richtete die Kommission ein Aufforderungsschreiben an DEU wegen der unzureichenden Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige. Die Verordnung sieht u.a. vor, dass Drittstaatsangehörigen ab dem 10.07.2020 Aufenthaltstitel im Kartenformat ausgestellt werden, in dem auch biometrische Daten erfasst werden können. Nach Auffassung der Kommission kommt DEU der Verpflichtung zur Ausgabe dieser Aufenthaltstitel im Kartenformat in Fällen nicht nach, in denen weiterhin Blaue Karten der EU und Karten für unternehmensinterne Transfers in Aufkleberform mit unbegrenzter Gültigkeit zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten ausgegeben werden. Diese Aufenthaltstitel enthalten keine Gesichtserkennungs- und

Fingerabdruckdaten, sodass die Überprüfung der Identität des Inhabers erschwert wird. Neben DEU wurde auch an BUL, das die Aufenthaltstitel im Kartenformat bislang noch gar nicht ausstellt, ein Aufforderungsschreiben gerichtet. Beide Mitgliedstaaten haben nun zwei Monate Zeit, auf die Aufforderung der Kommission zu reagieren, anderenfalls kann die Kommission mit Gründen versehene Stellungnahmen an sie richten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/inf_21_4681

Kommission; Folgemaßnahmen zum Migrations- und Asylpaket vorgelegt

Am 29.09.2021 präsentierte die Kommission eine Reihe von Folgemaßnahmen zu ihrem am 23.09.2020 vorgelegten Migrations- und Asylpaket. Diese umfassen einen EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025), eine Mitteilung zur Anwendung der Richtlinie 2009/52/EG über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, und einen Bericht über Migration und Asyl. Der Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten sieht im Wesentlichen die Entwicklung operativer Partnerschaften gegen Schleuserkriminalität im Rahmen von Migrationspartnerschaften, die Weiterentwicklung der Instrumente der EU zur Bekämpfung der Instrumentalisierung von irregulärer Migration durch staatliche Akteure, eine Verstärkung der operativen Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs zwischen nationalen Behörden und EU-Agenturen sowie eine Verbesserung der Rechtsrahmen für den Schutz vor Ausbeutung und für die Bestrafung von Schleusern vor. Mit den Anwendungshinweisen zur Richtlinie 2009/52/EG soll insbesondere zu einer effizienteren Anwendung der Vorschriften über Sanktionen, Schutzmaßnahmen und Inspektionen durch die Mitgliedstaaten und einem besseren Schutz von Migranten vor Ausbeutung beigetragen werden. Dazu kündigt die Kommission u.a. eine Förderung des Dialogs von Behörden und Interessenträgern, die Unterstützung des Austauschs bewährter Verfahren und eine konsequente Überwachung der Umsetzung der Richtlinie an. In ihrem Bericht zu Migration und Asyl zieht die Kommission eine Bilanz der Fortschritte und Entwicklungen in der Migrations- und Asylpolitik der vergangenen anderthalb Jahre: Während die EU zahlreiche Maßnahmen ergriffen habe, um die Herausforderungen des Migrationsmanagements besser bewältigen zu können, bedürfe es dringend rascher und konstruktiver Fortschritte bei den Gesetzgebungsdossiers im Rahmen des Migrations- und Asylpakets.

https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2021-09/COM-2021-591_en_0.pdf

https://ec.europa.eu/home-affairs/system/files/2021-09/COM-2021-592_en_0.pdf

<https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/report-migration-asylum.pdf>

Rat; Aufstockung der Mittel für besonders bedürftige Geflüchtete in der Türkei

Am 29.09.2021 nahmen die EU-Botschafterinnen und -Botschafter der Mitgliedstaaten einen Vorschlag zur Aufstockung der Mittel für das Europäische Soziale Sicherheitsnetz für Notfälle (European Social Safety Net – ESSN) um 149,6 Mio. EUR aus dem Haushalt der EU für das Jahr 2021 an. Die zusätzlichen Mittel sollen dazu beitragen, den Lebensunterhalt der bedürftigsten der rund 3,7 Mio. Geflüchteten aus Syrien in der Türkei sowie die Aufnahmegemeinschaften zu unterstützen. Das ESSN ist Teil der EU-Flüchtlingsfazilität für die Türkei und wurde im Oktober 2016 eingerichtet. Inzwischen werden über das ESSN rund 1,8 Mio. Geflüchtete in der Türkei bei der Deckung ihres Grundbedarfs unterstützt. Die Finanzierung der Mittelaufstockung soll aus dem verbleibenden Spielraum im EU-Haushalt für das Jahr 2021 in der Rubrik „Nachbarschaft und Welt“ erfolgen, das EP muss der Aufstockung noch zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/09/29/humanitarian-support-to-refugees-in-turkey-approval-for-a-2021-eu-budget-amendment/>

EuGH; Schlussanträge zum Schutz der Familie bei Zusammenführungen

Am 30.09.2021 legte Generalanwalt Priit Pikamäe seine Schlussanträge in der Rechtssache C-483/20 Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides vor. Darin vertritt er die Auffassung, dass ein Antrag auf internationalen Schutz nicht ohne Berücksichtigung des Kindeswohls mit der Begründung als unzulässig abgelehnt werden dürfe, dass dem Antragsteller bereits in einem anderen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden sei. Dagegen könne ein entsprechender Antrag, der allein unter Verweis auf den Familienverband und ohne Geltendmachung einer Verfolgungsgefahr oder ernsthaften Bedrohung gestellt werde, in der Sache keinen Erfolg haben. Ein bereits in AUT als Flüchtling anerkannter Vater hatte erfolglos die Anerkennung internationalen Schutzes in BEL beantragt, um mit seinen Töchtern zusammengeführt werden zu können, denen dort subsidiärer Schutz zuerkannt worden war.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=246806&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=3314529>

Bildung und Kultur

Kommission; Die Kommission kündigt 25 Mio. EUR für Bildung in Krisenkontexten an

Am 25.09.2021 kündigte die Kommission an, mit weiteren 25 Mio. EUR die Bildung in Krisenkontexten durch den weltweiten Fonds „Bildung kann nicht warten“ zu fördern. Der Fonds wurde 2016 gegründet und wird von UNICEF verwaltet. Die EU hat bereits 27,5 Mio. EUR zum Fonds beigetragen. Der Auftrag des Fonds ist es, die Bildung von Kindern aus Krisenregionen und dabei insbesondere von Mädchen, Kindern mit Behinderung und ethnischen Minderheiten zu fördern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4895

Information, Kommunikation und Medien

EP; Initiativbericht zu Medien in der digitalen Dekade

Der EP-Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) hat am 27.09.2021 den Initiativbericht „Europas Medien in der digitalen Dekade: Ein Aktionsplan zur Unterstützung der Erholung und des Wandels“ von Berichterstatterin MdEP Dace Melbārde (ECR/LET) mit breiter Mehrheit (28:0:1) angenommen. Der Bericht begrüßt, dass im Programm „Kreatives Europa“ erstmals Maßnahmen vorgesehen sind, die auf Nachrichtenmedien und die Medienkompetenz ausgerichtet sind. Die Kommission wird aufgefordert, Unterstützungsmaßnahmen für das audiovisuelle Ökosystem zu prüfen. Ferner wird die Um- und Durchsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste gefordert. Der Bericht spricht sich auch für eine Verlängerung der derzeitigen Grundfinanzierung von Euranet Plus, einem Radionetzwerk für EU-Nachrichten, in Form einer Übergangsfina nzhilfevereinbarung für mindestens zwei Jahre aus.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/committee-on-committee-on-culture-and-education_20210927-1000-COMMITTEE-CULT_vd

Kommission; Überwachung der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich

Die Kommission hat am 27.09.2021 bekannt gegeben, dass der sog. „Euromedia Ownership Monitor“, den sie mit 1 Mio. EUR bis September 2022 fördert, seine Arbeit aufgenommen hat. Das Projekt soll eine länderbasierte Datenbank mit Informationen über die Eigentumsverhältnisse im Medienbereich erstellen, die rechtlichen Rahmenbedingungen systematisch bewerten und mögliche Risiken für die Transparenz der Eigentumsverhältnisse im Medienbereich ermitteln. Koordiniert wird das Projekt von der Paris Lodron Universität Salzburg (AUT); beteiligt sind ferner Universitäten aus FIN, ESP und ITL. Die Kommission verspricht sich von der Initiative weitere Erkenntnisse über die Eigentumsverhältnisse im Mediensektor und mögliche Konzentrationsprobleme. Diese wiederum sollen in die Vorbereitung eines europäischen Medienfreiheitsgesetzes einfließen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/funding-media-freedom>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Ausschreibung für EU-Infrastrukturprojekte für fehlende Verbindungen und umweltfreundlichen Verkehr veröffentlicht

Am 17.09.2021 hat die Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen der Fazilität "Connecting Europe" (CEF) veröffentlicht. Es sollen 7 Mrd. EUR für europäische Verkehrsinfrastrukturprojekte bereitgestellt werden, die das europäische Verkehrsnetz nachhaltiger machen und dabei helfen sollen, die Verkehrsemissionen bis 2050 um 90% zu senken. Antragsteller müssen ihren Vorschlag bis zum 19.01.2022 einreichen. Die Aufforderung ist in drei Kategorien unterteilt: 1. 5,175 Mrd. EUR für Infrastrukturprojekte im Rahmen des Kernnetzes und des umfassenden Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) (Eisenbahnen, Binnenwasserstraßen, See- und Binnenhäfen, Straßen, Bahn-Straßen-Terminals und multimodale Logistikplattformen, multimodale Personenverkehrsknotenpunkte, intelligente und interoperable Anwendungen für den Verkehr, sichere Mobilität, Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur); 2. 1,575 Mrd. EUR für eine neue Infrastrukturfazilität für alternative Kraftstoffe, die im Rahmen einer fortlaufenden Aufforderung bis 2023 umgesetzt werden soll (einschließlich Schnelllade- und Wasserstoffbetankungsinfrastruktur im TEN-V-Straßennetz) und 3. 330 Mio. EUR für die Anpassung des TEN-V an die doppelte Nutzung für zivile und militärische Zwecke (Finanzrahmen für militärische Mobilität). Die Vorschläge werden von der Kommission mit Unterstützung von externen Experten bewertet. Die Antragsteller sollen die Bewertungsergebnisse spätestens sechs Monate nach Ablauf der Einreichungsfrist erhalten. Es ist vorgesehen, dass die Finanzhilfvereinbarungen innerhalb von neun Monaten unterzeichnet werden. Im Rahmen des CEF-Programms stehen 25,8 Mrd. EUR für Zuschüsse aus dem EU-Haushalt 2021-2027 zur Verfügung, um Projekte der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) in den EU-Mitgliedstaaten mitzufinanzieren. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen unterstützt Aktionen im Rahmen der Fazilität in den Bereichen Allgemeines, Kohäsion und militärische Mobilität. Die Europäische Exekutivagentur für Klima, Infrastruktur und Umwelt (CINEA) ist für die Förderung und Bewertung der Aufforderung zuständig und überwacht auch die Durchführung der Projekte.

https://cinea.ec.europa.eu/calls-proposals/2021-cef-transport-call-proposals_en

Kommission; Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung von vorbereitenden Studien für grenzüberschreitende Projekte im Bereich erneuerbare Energien veröffentlicht

Am 22.09.2021 hat die Kommission einen Aufruf für die Erstellung von Studien im Bereich erneuerbare Energien für grenzüberschreitende Projekt veröffentlicht. Gemäß der „Connecting Europe“ Verordnung (CEF) sollen die Projekte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten im Bereich der Planung, Entwicklung und kosteneffizienten Nutzung erneuerbarer Energiequellen fördern und ihre Integration durch Energiespeicher erleichtern, um einen Beitrag zur langfristigen Dekarbonisierungsstrategie der Union zu leisten, den Energiebinnenmarkt zu vollenden und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Ziel der vorbereitenden Studien sei es, die Projektträger bei der Auswahl des besten Projektkonzepts und der Ausarbeitung des Kooperationsabkommens zu unterstützen, so dass Projekte bereits gefördert werden können, bevor sie den Status eines grenzüberschreitenden Projekts im Bereich der erneuerbaren Energien erhalten haben. Vorbereitende Studien sollen die Unterstützung sowohl der EU-Mitgliedstaaten als auch privater Projektträger ermöglichen, um Kooperationsideen voranzutreiben, eine Dynamik unter den beteiligten Akteuren zu schaffen und damit eine Steigerung von grenzüberschreitenden Projekten für erneuerbare Energien zu erreichen. Der Zweck der Unterstützung für vorbereitende Studien sei es, die Hindernisse zu überwinden, die in der Vergangenheit die Durchführung von Kooperationsprojekten verhindert haben, wie z.B. die Ungewissheit über die Aufteilung der Kosten und des Nutzens zwischen den beteiligten EU-Mitgliedstaaten oder die zusätzliche Komplexität der Einrichtung der grenzüberschreitenden Förderung. Anträge, die sich auf vorbereitende Studien beziehen, müssen der CEF-Verordnung und den in der Aufforderung genannten besonderen Bedingungen entsprechen. Insgesamt stehen 1 Mio. EUR für die Finanzierung bereit. Einsendeschluss ist der 30.11.2021.

https://cinea.ec.europa.eu/news/cef-energy-eu1-million-support-preparatory-studies-cross-border-renewable-energy-projects-2021_en

V e r a n s t a l t u n g e n

Veranstaltung der Partnerregionen „Europas Wiederaufbau – Die Rolle der Regionen“

Am 21.09.2021 fand auf Einladung der Partnerregionen Emilia-Romagna, Hessen, Nouvelle-Aquitaine und Wielkopolska im Mehr-Regionen-Haus in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung im Livestream-Format statt. Zu Gast war die EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen Elisa Ferreira. Nach der Begrüßung durch Marek Woźniak dem Präsidenten der Wielkopolska ging die Kommissarin in ihrem Eingangsstatement auf die wichtige Rolle der Regionen in der Pandemiebekämpfung ein und stellte heraus, dass die Kommission ein besonderes Augenmerk auf die Bedürfnisse und Meinungen der Regionen habe. Sie beschrieb in ihrem Statement die Unterstützungsleistung der EU in nie gekannter Dimension von 750 Mrd. EUR, die nur in einem Miteinander von Kommission, Rat und EP so schnell anlaufen konnte. Ein Augenmerk beim Wiederaufbau richtet die Kommission aus Sicht von Kommissarin Ferreira auf Forschung und Innovation und die Verbindung dieser Elemente mit dem Green Deal. In dem anschließenden von Françoise Chotard moderierten Gespräch ging die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich auf die Schwerpunkte der hessischen Mittelverteilung für den Wiederaufbau ein und betonte neben Forschung und Innovation insbesondere KMU und den Demografischen Wandel als Herausforderungen, denen mit den europäischen Mitteln

begegnet werden soll. Außerdem war der Ministerin, die den Bundesrat in der Zukunftskonferenz der EU vertritt, die Ausrichtung der Maßnahmen auf die Herausforderungen der Zukunft wichtig. Die Vizepräsidentin der Emilia-Romagna Elly Schlein betonte die positive Rolle der Kommission und die starke Zusammenarbeit in ihrer Region zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie und bedankte sich bei der Kommissarin für die Unterstützung bei einem Instrument zur Stärkung der kleinen Dörfer und Strukturen in den Bergen ihrer Region. Isabelle Boudineau, die Regionalrätin für europäische Angelegenheiten der Nouvelle-Aquitaine machte auf die besondere Situation ihrer Region mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Unterstützung aufmerksam und betonte die Bedeutung der Solidarität für und in ihrer Region, aber auch die besondere Rolle der Regionen im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten und der Kommission. Marek Woźniak betonte in seinem Beitrag ebenfalls die Rolle der Regionen bei der Umsetzung der Fonds in gemeinsamer Verwaltung, aber auch bei der Bewahrung der gemeinsamen Werte der EU insbesondere der Rechtsstaatlichkeit, wo viele Menschen in POL den Kurs der Kommission unterstützen. Gemeinsam machten sich die Regionen explizit für ein Weniger an Bürokratie bei der Vergabe der Mittel stark. Zudem herrschte Einigkeit bei den Schwerpunkten der Mittelvergabe in den Bereichen Green Deal, Digitalisierung, Forschung, KMU, Innovation und Bildung. Zudem standen auch Fragen der Entwicklung des ländlichen Raums und der Demografie im Fokus, bei dem sich die vier Partnerregionen einig waren.

Veranstaltung „Kampf gegen Geldwäsche – neue Ansätze der Kommission“ am 24.09.2021

Am 24.09.2021 fand eine digitale Veranstaltung zum Thema „Kampf gegen Geldwäsche – neue Ansätze der Kommission“ statt. Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Puttrich betonte in ihrem Grußwort die Wichtigkeit der Legislativvorschläge der Kommission, um das gemeinsame Vorgehen der Mitgliedstaaten gegen Geldwäsche weiter zu harmonisieren und durch eine geplante Anti-Geldwäschebehörde AMLA effizienter zu gestalten. Aus Sicht der Ministerin würde sich der Finanzplatz Frankfurt sehr gut für die neue Behörde eignen. In einem einleitenden Impuls der stellv. Generaldirektorin der Generaldirektion FISMA, Alexandra Jour-Schroeder, erläuterte sie das von der Kommission vorgeschlagene Paket zur Geldwäschebekämpfung, die aktuellen Schwachstellen der Financial Intelligence Unit sowie die Verbesserungsmöglichkeiten für die Zukunft aus. In der darauffolgenden Diskussion mit der EU-Korrespondentin der Wirtschaftswoche, Silke Wettach, widmete sich Jour-Schroeder den weiteren Fragen zu möglichen Ausweichbewegungen, Schwächen von Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der derzeitigen Regelungen, der geplanten Bargeldobergrenze und der Bekämpfung von Briefkastenfirmen.

Hessens Livestream: DEU hat gewählt

Moritz Koch, Leiter des Handelsblatt Büros in Brüssel, hat auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa nach den Wahlen“ am 27.09.2021 in der Hessischen Landesvertretung die Wahlergebnisse der Bundestagswahl am 26.09.2021 analysiert. Im anschließenden Gespräch mit dem Brüssel-Korrespondenten Thomas Mayer von der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ wurden u.a. Optionen für eine Koalitionsbildung und die erwarteten Auswirkungen der Ergebnisse auf die EU diskutiert. Europastaatssekretär Mark Weinmeister betonte in seinem Grußwort, dass sich durch das Wahlergebnis das Parteiensystem in DEU dem in anderen EU-Staaten annähere. Voraussichtlich würden drei Fraktionen eine Regierung bilden. Das Wahlergebnis habe keine eindeutige Entscheidung hervorgebracht, sagte Koch. Die CDU/CSU habe große Verluste erlitten,

die SPD sei hingegen wieder etwas zu Kräften gekommen. Das Wahlergebnis der SPD sei aus seiner Sicht auf Scholz als Kanzlerkandidat zurückzuführen. Bündnis90/Die Grünen haben zwar ihr Ziel, Anspruch auf die Kanzlerin zu erheben, weit verfehlt, aber im Vergleich zur Wahl 2017 deutlich hinzugewonnen. Auch die FDP habe Stimmenzugewinne zu verzeichnen. Die AfD habe Stimmen verloren. Die Linke scheiterte zwar an der Fünf-Prozent-Hürde, erringt aber drei Direktmandate, wodurch sie es trotzdem in den Bundestag schafft. Das Wahlergebnis zeige die Stärkung der kleineren Parteien in der Mitte. In der anschließenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass das Gewicht der Volksparteien SPD und CDU zurückgegangen sei und andererseits die Parteien am rechten und linken Rand keine Rolle für die Regierungsbildung spielen. Zu möglichen Auswirkungen der Wahl auf die EU-Ebene sah Koch Widersprüche zwischen SPD, FDP und Grünen. Das betreffe die großen Vorhaben der EU wie NextGenerationEU oder den Fiskalpakt mit den Fragen von grünen Investitionen und ihrer zukünftigen Finanzierung. Koch hält eine Einigung noch vor der Weihnachtspause für möglich. Er sah bei allen beteiligten Parteien den Willen, schnell zu einem Ergebnis zu kommen.

Veranstaltung; „Bankenaufsicht in der EU und GBR nach dem Austritt“ am 28.09.2021 in Brüssel

Am 28.09.2021 fand ein Expertengespräch zum Thema Bankenaufsicht in der EU und GBR mit Vertretern der EU-Institutionen und der Finanzindustrie statt. Nach einer Begrüßung durch den Hauptgeschäftsführer des Verbands deutscher Banken, Andreas Krautscheid, gab es einen einleitenden Impuls von Prof. Dr. Tobias Tröger von der Goethe Universität und dem Leibniz Institut SAFE und einen anschließenden Vortrag von Edouard Fernandez-Bollo, Mitglied des Aufsichtsgremiums des SSM. Prof. Dr. Tröger stellte in seinem Vortrag seine Studie zu den Unterschieden der Bankenaufsichtsregulatorien der EU und GBR vor, in der er vor allem die Frage nach einem „Race to the bottom“ in Regulierungsfragen aufbereitete. Anschließend sprach Fernandez-Bollo zu den möglichen Konsequenzen sowie Auswirkungen der unterschiedlichen Bankenaufsichtspraktiken und betonte die Wichtigkeit von internationalen Standards.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

05.10.2021	Informelles Treffen
06.10.2021	EU-Westbalkan-Gipfel

Rat

04.10.2021	Eurogruppe
05.10.2021	Rat für Wirtschaft und Finanzen
06.10.2021	Umweltrat

07./08.10.2021	Rat für Justiz und Inneres
11./12.10.2021	Rat für Landwirtschaft und Fischerei
12.10.2021	Rat für Telekommunikation
15.10.2021	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Europäische Kommission

Sitzung am 05.10.2021 Mitteilung zur EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus
Mitteilung zu Energiepreisen

Sitzung am 13.10.2021 Gemeinsame Mitteilung über die Arktis

Europäisches Parlament

Plenartagung vom 04.-07.10.2021

Künstliche Intelligenz im Strafrecht und ihre Verwendung durch die Polizei und Justizbehörden in Strafsachen
EU-Politikrahmen für die Straßenverkehrssicherheit im Zeitraum 2021 bis 2030 – Empfehlungen für die nächsten Schritte auf dem Weg zur „Vision Null Straßenverkehrstote“
Die Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA.
Gemeinsame Aussprache – Politik des EUR-Währungsgebiets 2021
Umwelt: die Århus-Verordnung
Lage in Belarus
Politische Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der EU und Taiwan
Bericht über die Umsetzung der Treuhandfonds der EU und der Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei
Stand der Fähigkeiten der EU im Bereich der Cyberabwehr
Bankenunion – Jahresbericht 2020
Reform der EU-Politik im Bereich schädliche Steuerpraktiken (einschließlich der Reform der Gruppe „Verhaltenskodex“)
Asylagentur der EU
Mangelnder Wille des Rates, den europäischen grenzüberschreitenden Mechanismus voranzubringen
Ernennung des Vorsitzenden der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA)
Vorschlag zur Einsetzung einer Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EU-GBR und zur Festlegung ihrer zahlenmäßigen Stärke
Einspruch gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 der Geschäftsordnung: Wirkstoffe, einschließlich Chlortoluron und Difenconazol
Europäische Lösungen für den Anstieg der Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher: die Rolle von

Energieeffizienz und erneuerbaren Energien und die
Notwendigkeit, Energiearmut zu bekämpfen
Menschenrechtslage in Myanmar, einschließlich der Lage der
religiösen und ethnischen Gruppen
Das staatliche Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch in
Texas, USA
Humanitäre Lage in Tigray

Ausschuss der Regionen

12. – 14.10.2021 146. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen
Jahresbarometer zur Lage der Regionen und Gemeinden
Ad-hoc-Kommission für die Überarbeitung der
Geschäftsordnung 2021
EU-Strategie für die Rechte des Kindes und Europäische
Kindergarantie
Europäische digitale Identität
Wirksame Einbeziehung der lokalen und regionalen
Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung der
Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen
Programme für den Zeitraum 2021–2027
Eine EU-Agenda für Terrorismusbekämpfung: antizipieren,
verhindern, schützen und reagieren
Schutz geografischer Angaben für gewerbliche und
handwerkliche Erzeugnisse in der Europäischen Union
Neue Verbraucheragenda – Stärkung der Resilienz der
Verbraucher/innen für eine nachhaltige Erholung
Entschließung zur COP 26
Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung
von LGBTIQ-Personen 2020–2025

Europäischer Gerichtshof

06.10.2021 Gutachten des Gerichtshofs (Große Kammer) in der
Gutachtensache (Avis) 1/19 Übereinkommen von Istanbul
Abschluss des Übereinkommens von Istanbul seitens der
EU

06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache
C-487/19 W.Ż. (Kammer für außerordentliche Überprüfung
und öffentliche Angelegenheiten - Ernennung)
Unabhängigkeit der Justiz in POL

06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache
C-882/19 Sumal
Kann Tochtergesellschaft für Wettbewerbsverstoß der
Muttergesellschaft haften?

06.10.2021 Urteile des Gerichtshofs
in der Rechtsmittelsache C 50/19 P Sigma Alimentos
Exterior /, in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 51/19

P World Duty Free Group / und C 64/19 P Spanien /, in der Rechtsmittelsache C 52/19 P Banco Santander /, in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 53/19 P Banco Santander und Santusa / und C 65/19 P Spanien /, in der Rechtsmittelsache C 54/19 P Axa Mediterranean / und in der Rechtsmittelsache C 55/19 P Prosegur Compañía de Seguridad / Kommission

Spanische Körperschaftsteuer: Abschreibungen bei Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen

- 06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C 561/19 Consorzio Italian Management e Catania Multiservizi
Vorlagepflicht letztinstanzlich entscheidender Gerichte
Preisanpassungen im Rahmen öffentlicher Aufträge
- 06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-136/20 LU
Einziehung von Geldstrafen wegen Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung
Straßenverkehr: Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Geldstrafen
- 06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-35/20 Syyttjä
Überqueren der Seegrenze eines Mitgliedstaats mit einem Vergnügungsschiff; Pflicht zum Mitführen eines Reisedokuments
- 06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 174/19 P Scandlines Danmark und Scandlines DEU / Kommission und C 175/19 P Stena Line Scandinavia / Kommission
Finanzierung der Straßen- und Eisenbahnverbindung über den Fehmarnbelt
- 06.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C 613/20
Eurowings
Flugannullierung wegen Streik des Kabinenpersonals
- 06.10.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-368/20
Landespolizeidirektion Steiermark und C-369/20
Bezirkshauptmannschaft Leibnitz Maximale Dauer innereuropäischer Grenzkontrollen;
Wiedereinführung von Grenzkontrollen
- 06.10.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C 59/18 Italien / und C 182/18 Comune di Milano / Rat sowie in den verbundenen Rechtssachen C-106/19 Italien / und C-232/19 Comune di Milano / Parlament und Rat
Sitz der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA)

- 06.10.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C 743/19 Parlament / Rat
Sitz der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA)
- 06.10.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-348/20 P Nord Stream 2 / Parlament und Rat
Regulierung von Gasfernleitungen aus Drittländern
- 11.10.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Plenum) in den Rechtssachen C-156/21 Ungarn / Parlament und Rat und C-157/21 POL / Parlament und Rat
Schutz des EU-Haushalts bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit
- 14.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-233/20 job-medium
Finanzielle Abgeltung für nicht genommenen Urlaub
- 14.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-231/20 Landespolizeidirektion Steiermark u. a.
(Glückspielautomaten)
Strafbemessung bei Verstößen gegen staatliches Glücksspielmonopol
- 14.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C 45/20 Finanzamt N und C 46/20 Finanzamt G (Mitteilung der Zuordnung)
Vorsteuerabzug bei gemischt genutztem Vermögen

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 15.10.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA